

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtag-n) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 1.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 35 Pf. Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pf., auswärtsige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 293.

Freitag, den 14. Dezember 1917.

24. Jahrg.

Aufruf!

Der Kampf um den Frieden und um die Freiheit im Innern nimmt immer schärfere Formen an. Starke Kräfte sind am Werke, den sich Weg bahnen den Fortschritt der Demokratisierung unseres Landes zurückzudrängen. Die gesamte Reaktion, sowohl die konservativen Agrarier, die sich durch die hohen Lebensmittelpreise bereichern, wie die durch ungeheure Kriegsgewinne gestärkte Schwerindustrie hat sich in der „Vaterlandspartei“ gesammelt. Diese bekämpft mit ihren gewaltigen Mitteln nicht nur den Verständigungsfrieden, der allein dem unter der Last und dem Kummer des Krieges köhrenden Volke bald Erlösung bringen kann, sondern widersetzt sich auch jedem demokratischen Fortschritt, der dem Volke bisher vorenthaltenen Rechte bringen soll.

Die Sozialdemokratie steht gegen diese Mächte der Reaktion in scharfem Kampfe; sie ist entschlossen, ihn rücksichtslos weiterzuführen und fordert dazu alle Friedens- und Freiheitsfreunde auf. Die wirksamste Unterstützung ist der Beitritt zur Organisation der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der Kampf gegen die mit riesigem Aufwand arbeitende Reaktion erfordert aber auch große Mittel. Wir fordern daher die Anhänger des Verständigungsfriedens und die Befürworter des gleichen Wahlrechts auf, Beiträge für unseren Kampffonds zu leisten.

Jeder leuere nach Kräften bei. Es gilt einem baldigen Frieden — es gilt, unserm Volke eine freiere, lichtvollere Zukunft zu schaffen!

Berlin, den 13. Dezember 1917.

Der Parteivorstand.

Geldsendungen sind zu richten an: Otto Braun, Berlin, Lindenstr. 3; auch kann auf Postcheckkonto: Fr. Bartels, F. Ebert, D. Braun Nr. 7918 beim Postcheckamt Berlin eingezahlt werden.

Welche neuen Steuern kommen?

Von Wilh. Reil M. d. R.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Graf Roedern, hat in der letzten Sitzung des Reichstages die Aufmerksamkeit wieder einmal auf die Steuerfragen gelenkt, die in wenigen Monaten erneut im Brennpunkt der parlamentarischen Kämpfe stehen werden. Es wird gut sein, auch unser Interesse schon jetzt diesen Fragen zuzuwenden, um unangenehme Überraschungen vorzubeugen.

Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird seine Finanzierung. Die politisierende Oberflächlichkeit hat sich zwar eingeredet, die Finanzfragen würden der Fortsetzung des Krieges keine Hemmnisse bereiten; denn da ja das Geld „im Lande bleibe“, könne man auf unbegrenzte Zeit alljährlich eine ausreichende Summe an Kriegskrediten aus der eigenen Wirtschaft frei machen. Ganz so einfach liegen aber die Dinge nicht. Schon der Umstand, daß die Kosten der Kriegführung von Monat zu Monat wachsen, vermehrt mit jedem weiteren Kriegesmonat die Sorgen des Reichsschatzsekretärs. Der monatliche Finanzbedarf, der in den ersten Kriegesmonaten nach beendeter Mobilmachung etwa 1,5 Milliarden Mark betrug, wird heute nicht mehr sehr weit von 4 Milliarden Mark entfernt sein. Abgesehen von der fortwährenden Instandhaltung und Ergänzung des immer größeren Umfang annehmenden Heeresapparates steigert sich täglich auch der Aufwand für Unterstützungen an Kriegesangehörige und für Renten an Kriegsbeschädigte. Vor allem aber wächst laminenartig der Bedarf an Kriegsschuldzinsen. Dauert der Krieg bei Aufstellung des nächsten Reichsetats noch fort, so müssen allein etwa 6 Milliarden Mark laufende Jahreseinnahmen zur Befriedigung der Reichsgläubiger zur Verfügung stehen. Was das bedeutet, ergibt sich aus dem Hinweis, daß im letzten Friedensetat der Gesamtbetrag der Steuern 2 Milliarden Mark betrug.

Sehr leicht wird es nicht sein, eine Quelle oder eine Mehrzahl von Quellen zu finden, die einen Jahresertrag von 6 Milliarden Mark liefern. Zwar hat der Reichsschatzsekretär im Tone stolzer Befriedigung behauptet, daß die Kriegsteuer mit den Zuschlägen etwa 5 Milliarden Mark bringen werde. Aber vergessen wir nicht, daß es sich hier nur um eine einmalige Steuer handelt, deren Einzahlung sich überdies auf mindestens zwei Jahre (1917 und 1918) verteilt. Da diese Steuer nahezu reiflos in Kriegsanleihe bezahlt wird, (wobei die Steuerpflichtigen einen Profit von 2,5 Prozent genießen) bewirkt sie zwar eine kleine Schuldentilgung. Aber was der Schatzsekretär bei dieser Gelegenheit zu tilgen in der Lage ist, fehlt ihm wieder an den baren Steuereinnahmen, die er zur Zinszahlung braucht. Er muß daher den gefälligen Betrag gleich wieder an Kredit aufnehmen, wenn er seinen Verpflichtungen nachkommen

Der Ertrag der Kriegsteuer übersteigt um ein Vielfaches die Hoffnungen, die anfangs auf diese Quelle gesetzt wurden. Nach Helfferichs Schätzung sollte die Steuer nur eine Milliarde „erheblich überschreiten“. Trotzdem liegt zu dem Triumphgeschrei über die glänzende steuerliche Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftslebens, wie es aus der Presse der alldeutschen Welteroberer an unsere Ohren klang, kein Anlaß vor. Der überaus reiche Kriegsteuerertrag ist lediglich ein neuer Beweis für die beispiellosen Preise, die heute für Heereslieferungen bezahlt werden. Wenn trotz der Steuer, die im Gesamtdurchschnitt übrigens nicht mehr als 25 Prozent der im Kriege erzielten Vermögensgewinne betragen dürfte, und trotz des doch immer wieder sehr eindringlich an die Vermögenden gerichteten Appells zum Zeichnen von Kriegsanleihe für ein Bild von der Weidens 340 000 Mark gezahlt werden, wenn von Privaten bei Kunstauktionen derart fabelhafte Preise geboten werden, daß sich die Leiter aller großen staatlichen Sammlungen auf Trodene gesetzt sehen, so verbergen sich hinter diesen Erscheinungen geradezu phantastische Kriegssprofite.

Bei dieser Sachlage ist es doppelt unverständlich, daß der Reichsschatzsekretär so großen Wert darauf legt, die Summen, die „an direkten Kriegsteuern aus besonderem Anlaß des Krieges“ erhoben wurden, so hoch als irgend möglich erscheinen zu lassen. Er rechnete zu diesem Zwecke die sämtlichen direkten Steuern der Bundesstaaten und Gemeinden mit zwei Milliarden und schließlich sogar den im Frieden beschlossenen und für Friedensbedürfnisse bestimmten Mehrbeitrag hinzu und kam so zu einer Gesamtleistung an direkten Steuern von 8 Milliarden. Es soll hier nicht näher untersucht werden, wie Graf Roedern zu der Summe von 2 Milliarden „Kriegsteuern“ der Einzelstaaten und Gemeinden gekommen ist. Nur dem Bestreben darüber sei Ausdruck verliehen, daß der Reichsschatzsekretär lediglich von Bewunderung, vielleicht gar von Mißgefühl erfüllt ist für die Volksteile, die einen beträchtlichen Teil ihrer im Kriege erzielten Vermögensgewinne dem Vaterlande opfern müssen. Verdienen nicht viel eher die breiten Volksmassen, die neben den großen Kriegsnöten gewaltige Summen an indirekten Abgaben zu tragen haben, Bewunderung und Mißgefühl? Nicht nur die Zigarettensteuer, die Graf Roedern nannte, bringt statt der 39 Millionen, auf die sie im Vorjahre veranschlagt war, in diesem Rechnungsjahre „mindestens 300 Millionen“, vor allem auch die Reichensteuer bewirkt eine viel größere Belastung, als bei ihrer Beratung angenommen wurde. Während der Jahresertrag dieser Steuer auf 500 Millionen geschätzt war, hat der Monat Oktober allein schon 80 Millionen gebracht. Man darf also mit dem Doppelten der Schätzung rechnen — trotz der Kohlennot! Das kommt daher, daß die Kohlensteuer nach ihrer famosen Konstruktion mit dem Kohlenpreis steigt. An der Kohlenpreiserhöhung, die wir in reichem Maße zu kosten bekommen, ist folglich neben den Grubenherren auch der Reichsschatzsekretär interessiert. Ebenso wird der Ertrag der Warenumsatzsteuer, der auf 225 Millionen geschätzt ist, wahrscheinlich auf das Doppelte dieser Summe anwachsen. Hinzu treten die Gebührenerhöhungen im Post- und Fernsprech- und im Eisenbahnverkehr. Und alle diese Abgaben zählen zu den Faktoren, die die Preise für alle Dinge des täglichen Bedarfs auf eine schwindelnde Höhe treiben.

Nach dem Dargelegten steht fest, daß der Reichsschatzsekretär mit nächsten Etatsentwurf neue Steuervorschläge verbinden muß. Er selbst hat darüber auch keinen Zweifel gelassen. Aber er bereitet schon jetzt wieder darauf vor, daß nicht das ganze geheimnisvolle Finanzprogramm, an dem seit über einem Jahre gearbeitet wird, an den Reichstag gelangt, sondern wiederum die eine oder andere Steuer herauskommen und vorweg erledigt wird. Mit dem ganzen Programm will er erst hervortreten, wenn alle wirtschaftlichen und politischen Kriegesfolgen zu übersehen sind. Welche Steuern im nächsten Frühjahr zu erwarten sind, hat Graf Roedern sorgfältig verschwiegen. Mit ziemlicher Sicherheit wird eine weitere Vorlage zur Besteuerung der Kriegsgewinne für eine zweite Veranlagungsperiode kommen. Diese Steuer wird aber im nächsten Rechnungsjahr noch nicht fließen. Zur raschen Beschaffung verfügbarer Mittel müssen andere Quellen erschlossen werden. Da möchten wir nun jetzt schon nachdrücklich warnen vor neuen Belastungen des Bedarfs der breiten notleidenden Volksschichten. Es wäre ein gewagtes Spiel, wenn im Ernst die Erhöhung der Warenumsatzsteuer versucht würde, von der in der Presse die Rede war. Eine sehr einfache, rasch und ergiebig fließende Quelle steht zur Verfügung in Form der ausgesetzten Reichserbschaftsteuer mit dem Pflichtteil des Reichs. Einen sehr beachtenswerten in den Einzelheiten durchgearbeiteten Vorschlag, der sich mit den Erbschaftsteuervorschlägen der Sozialdemokratie berührt, hat Dr. Kuzyński, der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, vor kurzem gemacht. Ohne Schädigung der Volkswirtschaft und der minderbemittelten Kreise läßt sich mit diesem Vorschlag rund 1 Milliarde an laufenden Jahreseinnahmen gewinnen. Da die ausgebauten Erbschaftsteuer mit dem Pflichtteil des Reichs zu den Steuern gehören muß, die, wie Graf Roedern bemerkte, „in jedem denkbaren Programm unter allen Umständen ein Baustein sein wird“, so ist kein Grund ersichtlich, der verhindern könnte, jetzt endlich zu dieser Steuer zu greifen.

Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 13. Dezember. (Amtlich.) Die russische Delegation ist am 12. Dezember zur Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen verabredungsgemäß in Brest-Litowsk wieder eingetroffen. Die nächste Vollziehung findet am 13. Dezember, vormittags statt.

Wie die deutsche Regierung mit der englischen über den Frieden verhandeln wollte.

RTB. Berlin, 13. Dezember. (Amtlich.) Nach einer Neutermelbung aus London, welche bisher nur als Pressetelegramm vorliegt, hat Herr Balfour auf die Anfrage eines Abgeordneten, ob die britische Regierung von den Mittelmächten Friedensanträge erhalten habe und ob die Regierung darüber eine Erklärung abgeben könne, geantwortet: Da die Volkskommission in Petersburg es für gut befunden haben, einen vertraulichen Bericht des russischen Geschäftsträgers in London bekanntzugeben, steht nichts mehr im Wege, zuzugeben, daß die Regierung seiner britischen Majestät im September 1917 von Deutschland durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhielt, daß es der Deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Die britische Regierung antwortete darauf, daß sie bereit sei, jede Mitteilung in Empfang zu nehmen, die ihr die deutsche Regierung zu übermitteln wünsche und daß sie bereit sei, darüber mit ihren Verbündeten zu beraten. Die britische Regierung verständigte die Regierungen Frankreichs, Italiens, Japans, Russlands und der Vereinigten Staaten von dem deutschen Antrag und von ihrer Antwort darauf. Hieraus erhielten wir keine Antwort, und haben seitdem auch keine sonstige amtliche Mitteilung in dieser Angelegenheit erhalten.

Hierzu ist folgendes berichtend und ergänzend zu bemerken: Anfang September empfing die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Macht eine diplomatische Anfrage über deutsche Kriegsziele. Die Art der Mitteilung der neutralen Regierung war eine Sache, daß nach den internationalen Gepflogenheiten mit Sicherheit angenommen werden konnte, die neutrale Anfrage erfolge mit Vorwissen der britannischen Regierung und mit ihrem Einverständnis. Ferner konnte man aus den Umständen der Anfrage mit größter Wahrscheinlichkeit darauf schließen, daß das englische Kabinett von diesem Schritte wenigstens seine wichtigsten Bundesgenossen verständigt und seine Zustimmung eingeholt habe. Die deutsche Regierung war grundsätzlich zur Beantwortung der Anfrage bereit. Es boten sich ihr hierzu zwei Wege: die der mittelbaren oder unmittelbaren Beantwortung. Gegen die mittelbare Beantwortung, d. h. durch Vermittlung einer neutralen Macht, sprach die Erwägung, daß jede einseitige Bekanntgabe der deutschen Stellungnahme auch schon dem neutralen Vermittler gegenüber die deutsche Politik einseitig, ohne jede Gewähr für die von der Gegenpartei eingenommene Stellung binden würde; eine direkte mündliche Beantwortung erdiente bei dieser Sachlage als die zweckdienlichere. — Der weitere Verlauf der Ereignisse drängte indes der deutschen Regierung die Überzeugung auf, daß auf Seiten unserer Gegner nichts gefascht, um eine derartige unmittelbare Beantwortung der Anfrage zu ermöglichen. Von der von Herrn Balfour erwähnten Aeußerung der britischen Regierung über ihre Bereitwilligkeit jede Mitteilung der deutschen Regierung in Empfang zu nehmen, hat die deutsche Regierung erst durch die Mitteilung Balfours Kenntnis bekommen. Weitere Schritte in dieser Angelegenheit sind von deutscher Seite noch nicht erfolgt.

Die Kriegslage.

In Flandern keigerte sich am 12. Dezember die Unsterklichkeit gegen unsere Stellung in Gegend Dirmuide. Auch andere Stellungen zwischen Saha Voeringhe-Staden und Opera-Koalers erhielten zeitweise lebhaften Beschuß, der besonders um Tausendbaele und nördlich Decelaere auch abend anhielt.

Wagnanlagen und Lager bei Ypern, Batterien südwestlich Dirmuide, die militärischen Anlagen in den Orten Dinkirchen, Fournes, Eoerdingen und Voperinghe wurden bei beobachteter guter Wirkung mit Bomben belegt.

Westlich Cambrai entziffen eigene Stabgruppen östlich Balleconet dem Engländer in etwa 600 Meter Breite ein Grabensystem und brachten ander 6 Offiziere und 84 Engländer 4 Maschinengewehre und 3 Minenwerfer als Beute ab. Auf der Somme konnten per 14 am 13. Dezember ge-

6 Uhr vormittags lebhafter auf die Nachbarabschnitte übergreifender Artilleriekampf entwickelt.

An mehreren Stellen der französischen Westfront brachten wir aus erfolgreichen Unternehmungen Gefangene und Beute ein.

Die Heeresberichte.

Berlin, 13. Dezember, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegshauptplätzen nichts Neues.

Wien, 13. Dezember. (Amtlich.)

Deutscher Kriegshauptplan.

Waffenruhe. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand an allen russischen Fronten werden heute früh wieder aufgenommen.

Italienischer Kriegshauptplan.

Schnee und Nebel verhinderten gestern in den venetianischen Gebieten jedwede Kampfthätigkeit.

Die Truppen des Feldmarschalls v. Conrad haben nach bisheriger Zählung in dem viertägigen Kampfe um das Melitane-Gebiet 639 italienische Offiziere und über 16 000 Mann als gefangen eingebracht. Die Beute setzt sich aus 93 Geschützen, 233 Maschinengewehren, 4 Mitrailleuren, 81 Minenwerfern und vielem andern Kriegsgerät zusammen.

Frankreich und Belgien.

Der „Hochverräter“ Caillaux.

Die französische Regierung hat der Kammer das Ersuchen des Militärgouverneurs von Paris um Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Caillaux und Loustelot mitgeteilt.

Nach dem Schriftstück in dem um die Ermächtigung zur Strafverfolgung Caillaux nachgefragt wird, soll dieser sich eines Anschlages auf die Sicherheit des Staates schuldig gemacht haben durch Umtriebe, die geeignet gewesen seien, die Bündnisse Frankreichs bloßzustellen, ferner des Einverständnisses mit dem Feinde und drittens einer klammachenden Propaganda. Für diese Anklagen sind die Kriegsgerichte zuständig. Sollte aber die Anklage auf Einschlag gegen die Staatsicherheit endgültig aufrechterhalten bleiben, so würde Caillaux vor den Staatsgerichtshof verwiesen werden müssen.

Lyoner Blätter melden aus Paris: Bei Beginn der gestrigen Kammer Sitzung, der die Deputierten beinahe vollständig beimohnten, bestieg Caillaux schnellen Schrittes die Rednertribüne. Er erklärte, er war abwesend, als der Antrag auf Aufhebung parlamentarischer Immunität eingebracht wurde. Die Regierung mußte das wohl. Wäre er, Caillaux, dagewesen, als der Antrag eingebracht wurde, wäre er sofort auf die Rednertribüne gestiegen. (Bewegung in der Kammer; Zurufe auf verschiednenen Bänken; Protest der äußersten Linken.) Caillaux fuhr fort: Ich glaube, daß ich wenigstens ein Anrecht auf die Unparteilichkeit aller meiner Kollegen habe. Ich werde in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, all das Geschwätz über mich niedriger zu hängen, das auf nichts beruht. Ich werde der Kammer auch alle Erklärungen über meine Politik vor und während des Krieges geben. Clemenceau ist natürlich nicht zugegen; aber ich bitte seine anwesenden Amtsgenossen, ihm zu sagen, daß ich ihn für einen der nächsten Tage zu einer Unterredung auffordere. Caillaux, der zuerst leise sprach, erhob schließlich seine Stimme. (Auf einigen Bänken der äußersten Linken, bei den Liberalen und Sozialisten klatschte man Beifall.) Die Kammermehrheit beobachtete zügeltes Still-schweigen.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris: Der Antrag auf Strafverfolgung von Caillaux ruft Erregung hervor. Die konservativen und rechtsstehenden Blätter sind sehr zufrieden, aber die Sozialisten, die Clemenceau feindselig gegenüber stehen, befürchten die Folgen. Sembat schreibt in der „Lanterne“ folgendes: „Jalls Caillaux nächsten Donnerstags oder Freitag auf der Rednertribüne der Kammer die allgemeine Erklärung über die Politik abgeben wird, die man ihm vorwirft, falls er bei dieser Politik beharrt und die Sache des Friedens befürwortet, falls er die Lage, in der Frankreich und die ganze Entente sich zu Anfang des Sommers befanden, mit der heutigen Lage als dem Ergebnis der Kriegshandlungen in Italien und des Ausfalls Rußlands vergleicht, falls er behauptet, daß man den Augenblick nicht benützt hat, in dem die Entente das Spiel nahezu gewonnen hatte, — dann wiederhole ich, daß als unerwartete Folge davon, falls es heute noch keine Partei Caillaux gibt, es morgen eine geben kann. Ich wünsche dieses Ergebnis nicht, aber ich halte es für wahrscheinlicher als Frucht der Debatte, die entstehen kann.“

Rußland.

Die unterbliebene Eröffnung der Nationalversammlung.

In einem Berichte der „Times“ aus Petersburg wird mitgeteilt, daß die konstituierende Versammlung am Mittwoch nicht zusammengetreten ist, weil Lenin erklärte, die Versammlung soll nicht eröffnet werden, bevor nicht alle Abgeordneten nahezu vollständig eingetroffen sind. In Erwartung der Ereignisse hatte die Bevölkerung von Petersburg den Tag als einen Festtag angesehen, die Straßen geflaggt und die Läden geschlossen, aber von innen verbarrikadiert. Eine große Menge bewegte sich auf dem Newski-Prospekt, doch nahmen alle Umzüge ihren ordnungsmäßigen Verlauf.

Der Kampf der Kosaken gegen die Maximalisten.

Unter dem Präsidium des früheren Dumasmitgliedes Charlamow hat nach einer Meldung aus Haparanda in Kiew das Südbreitkorkorps eine Regierung gebildet. Diese Regierung beschließt, eine Proklamation über ihre Politik bekanntzugeben. Die Proklamation wird im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise ausgearbeitet werden. Korakows Kosakentruppen kämpfen hartnäckig. Ein gegen sie gerichteter Panzerzug war nahe daran, zweimal umzingelt zu werden. In der vorigen Woche dauerte das Gefecht vom Morgen bis Abend. Von Petersburg zogen Panzerzüge und Hülfstruppen nachgeschickt werden.

Der Kampf zwischen maximalistischen und Kaledin's Truppen.

Kiew meldet aus Petersburg: Eine drabhafte Nachricht aus Kiew besagt, daß Kaledin die Stadt belagert. Bei Ruzhichwan ist ein Kampf im Gange. Die maximalistischen Truppen werden durch Ersätze und von Überläufern der Schwarzarmeen unterstützt. Bei Belgorod dauert der heftige Kampf fort. Beide Parteien haben große Verluste.

Ein Manifest des Volkskommissariats an die Kosaken.

Aus Petersburg wird gemeldet: Die Volkskommissare richteten ein Manifest an die Brüder Kosaken, in dem sie diese auffordern, zwischen Kozakow und Kaledin einverleibt und dem Kampf abzutreten zu wählen. Das Manifest will die Kosaken überzeugen, Kaledin, Kozakow, sowie ihre Schiffe gefangen

zunehmen und dem Sowjet anzuliefern, der öffentlich in einem für jeden zugänglichen revolutionären Gericht über sie Recht sprechen wird.

Ein Ultimatum Trozki's.

Wie der „Temps“ schreibt, hat Trozki die Entente-Regierungen in einer Art Ultimatum aufgefordert, sich bis zum 12. Dezember über das Friedensprogramm der Bolschewiki auszusprechen. Der „Temps“ erklärt, die Alliierten würden selbstverständlich nicht antworten; es müßte abgewartet werden, bis das Land in einer ordnungsmäßig gewählten Konstituante eine reguläre Regierung besitz.

Freilassung früherer russischer Minister.

„Ispesnia“ zufolge beschloß die Untersuchungskommission, die früheren Minister Schtschegolomow und Chelom aus der Peter-Pauls-Festung gegen Sicherstellung von 1 1/2 Millionen Rubel zu entlassen. General Rennenkampf, von dessen Freilassung ebenfalls die Rede war, teilt mit, daß er es unter den jetzigen Verhältnissen vorzieht, in der Festung zu verbleiben. Ganz unrecht mag er mit seiner Auffassung nicht haben.

Kriegsgefangene in Rußland freigelassen!

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus Stochholm auf Grund russischer Pressemeldungen berichtet, daß der Arbeiterrat ein Dekret ausarbeitete, wonach die Kriegsgefangenen die gleichen Rechte genießen sollen wie die übrigen in Rußland wohnenden Ausländer. Im Petersburger Militärbezirk gab man bereits die Gefangenen frei, die sich auf Ehrenwort verpflichteten, an den Kämpfen nicht mehr teilzunehmen.

„Pravda“ gegen Buchanan.

Zu Buchanans letzter Rede in Petersburg schreibt die „Pravda“, daß man mit einem Waffenstillstand beginnen müsse, um nachher die Bedingungen eines allgemeinen Friedens zu erörtern, und nicht wie Buchanan in seiner letzten Rede vorschlug: unter den Alliierten die Friedensbedingungen zu erörtern, um dann einen allgemeinen Waffenstillstand schließen zu können. Das offiziöse Organ der proletarischen Regierung Rußlands schließt an diese Erklärung ihrer Absichten die folgende Bemerkung: „Das Unvermögen, auf der Alliierten-Konferenz in Paris zu beschließen zu kommen, und Lord Lansdownes Brief können als Zeichen einer Auflösung in den führenden Kreisen der Alliierten betrachtet werden, in denen man die zunehmende Macht der Bolschewiki-Regierung einzusehen beginnt und ihre Friedenspolitik nicht mehr anzupfechten wagt.“ Die „Pravda“ rechnet deshalb damit, daß Bewegungen der Massen in den Ländern der Alliierten auch diese zwingen werde, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

Waffenstillstand an der kaukasischen Front.

Wie die „Information“ aus Petersburg vernimmt, hat die kaukasische Regierung den Waffenstillstand an der kaukasischen Front offiziell angenommen.

Auch Turkestan und das Amurgebiet unabhängig.

Die „Köln. Zig.“ meldet von der schweizerischen Grenze: Wie Pariser Blätter melden, haben Turkestan und das Amurgebiet ihre Unabhängigkeit erklärt.

England.

Mit einer Katastrophe im Parlament

rechnet „Daily Express“. Das Blatt meint, das in seiner Zusammenfassung schwache Koalitionskabinet verliere im Unterhaus ständig an Boden und es sei zu befürchten, daß vielleicht bei nächster Gelegenheit eine Abstimmung Lloyd George stürzen und Asquith an seine Stelle setzen werde. Die Zeitung empfiehlt deshalb Lloyd George zur Festigung seiner Stellung Neuwahlen anzuschreiben und durch einen Appell an das Land der drohenden Katastrophe im Parlament zu begegnen.

Bonar Law über den Balkanfeldzug und die Niederlage bei Cambrai.

Bonar Law jagte im Unterhause in Beantwortung verschiedener Reden zur Kreditvorlage: Unser Feldzug in Mesopotamien und Palästina zielt nicht auf Eroberungen ab. Wir hatten unsere Stellung in Ägypten aus rein militärischen Gründen zu verteidigen. Ob wir früher nach Saloniki hätten gehen sollen, um Serbien zu helfen, oder nicht, das ist eine Frage, die nur die Geschichte entscheiden kann. Aber ohne unsere Truppen in Saloniki hätten die Deutschen ganz Griechenland, die ganze Balkanhalbinsel beherrscht. Sie würden das als einen ihrer größten Kriegserfolge angesehen haben. Viel wird davon gesprochen, daß die Deutschen einen Angriff auf Saloniki planen. Wir sind darauf gefaßt und vorbereitet. Wenn der Angriff unternommen würde, würde er schwerlich zu einer triumphierenden Rückkehr Konstantins führen.

Bezüglich der Ereignisse bei Cambrai sagte Law: Die übertriebenen Gerüchte seien eine Folge von übertriebenen Hoffnungen, womit der anfängliche englische Erfolg im Hause angenommen wurde. Er war Anfangs der Meinung, daß es sich um eine einfache Unternehmung handle, die mehr oder weniger auf sich selbst stände und nicht zu irgendwelchen entscheidenden Ergebnissen führen würde. Er werde dem Hause über den Küstzug nahezu alle Aufstellungen geben, über die die Regierung verfüge. In jener Nacht oder am frühen Morgen machten die Deutschen verschiedene Angriffe auf unsere Truppen. Der kleinste Angriff in dem Verhältnis zur Zahl der beteiligten Truppen war an der Stelle der Front, wo der Feind überraschend durchbrach. Zwei andere Angriffe von härteren Kräften wurden mit großen Verlusten für den Feind abgelehnt. Das Kabinett ergriffte Haig, sofort Bericht zu erstatten. Das Haus dürfe nicht glauben, daß die Regierung die unzähligen Soldaten in ihrer Stellung belassen würde; aber es sei nicht leicht für einen Zivilisten, trotz besserer Informationen über die militärischen Qualitäten zu urteilen. Die Regierung muß sich dem militärischen Sachverständigen leisten lassen. Es wird eine gründliche Untersuchung eingeleitet. Das Haus soll nicht glauben, daß die Regierung in dieser Frage voreingenommen ist. Derartige Unglücksfälle seien unvermeidlich.

Die englischen Arbeiter verlangen Bekanntheit der Kriegsziele.

Der Parlamentsauschuß der englischen Gewerkschaften und der Vorstand der englischen Arbeiterpartei haben einen Beschluß angenommen, in dem verlangt wird, daß die britische Regierung so schnell wie möglich in bestimmter Form eine öffentliche Erklärung veröffentlichen über die Ziele, für die die Alliierten kämpfen. Der Krieg fortsetzen.

England gegen den Austausch der Zivilgefangenen.

Die „Korbische Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „England und die Zivilgefangenen“: Die englischen Blätter ergehen sich allerdings wieder in bezweifelnden Äußerungen darüber, daß die britischen Zivilgefangenen in Rußland einen sterblichen Winter in dem rauhen Klima Kaukasus unter unzureichenden Unterhalts- und Verpflegungsverhältnissen zu

verbringen hätten. Sie weisen gleichzeitig darauf hin, daß Deutschland auf der Forderung des Austausches aller gegen alle Zivilgefangenen bestünde und daß sich die englischen Vertreter auf dem Sommer dieses Jahres im Haag abgehaltenen Gefangenekonferenz vergeblich bemüht hätten, die Entlassung der englischen Zivilgefangenen zu Bedingungen zu erreichen, die der Billigkeit mehr entsprächen.

Ungeachtet dieses Hinweises dürfte es für das englische Volk von Interesse sein zu erfahren, daß den englischen Unterhändlern im Haag von deutscher Seite die Entlassung sämtlicher englischen Zivilgefangenen in Deutschland gegen Entlassung einer gleichen Anzahl deutscher Zivilgefangenen in England und Internierung der übrigen in einem neutralen Lande angeboten worden ist. Dieses Angebot, das man schließlich nicht unbillig nennen kann, ist indessen von englischer Seite zurückgewiesen worden.

Italien.

Geheime Kammer Sitzung in Rom beschlossen.

Nach einer Meldung aus Rom nahm die Kammer unter Zustimmung des Ministerpräsidenten Orlando mit 274 gegen 75 Stimmen einen Antrag an, eine geheime Sitzung abzuhalten.

Zunahme der Friedensneigung in Italien?

Aus der Sprache des Mailänder Kriegsorgans, des „Corriere della Sera“, das die Kammerdebatten kommentiert, kann man wohl schließen, daß sich in der Kammer eine wachsende Neigung zum Friedensschluß bemerkbar macht.

Der Seekrieg.

Ein Gefecht in der Nordsee?

Meldung des Rigawischen Bureaus. Gestern war eine mehrstündige Kanonade westlich Utsire hörbar; am stärksten von 1 bis 3 Uhr nachmittags. In Bronde und zwischen Haugeund und Bergen, traf ein stark beschädigter englischer Torpedojäger ein. Einzelheiten fehlen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Kohlenfrage im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Donnerstagsitzung des Abgeordnetenhauses wurde durch die Debatte über die Kohlenfrage ausgefüllt. Die verstärkte Staatshaushaltskommission, die sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat, unterbreitet dem Plenum Anträge auf Hebung der Kohlenförderung, auf rechtzeitige Bereitstellung der notwendigen Mengen für die Verbraucher und auf eine ausreichende Belieferung der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Außerdem liegt ein konservativer Antrag vor, der Ueberlassung von Holz an die Bäcker wünscht, und ein Fortschrittsantrag, der größere Rücksichtnahme bei der Zusammenlegung gewerblicher Betriebe verlangt. — In der Debatte, die recht sachlich verlief, wurde die Kohlennot von keiner Seite bestritten. Ueber ihre Ursachen allerdings und über die Mittel, die zu ihrer Beseitigung anzuwenden sind, gingen die Ansichten auseinander. Am leiftesten machte es sich der konservative Abg. Schulze-Pestun, der den übertriebenen Kriegssozialismus für alles verantwortlich machte. Tiefer ging der Fortschrittler Dr. Frenkel der Sache auf den Grund, indem er mit Recht auf die Verkehrsschwierigkeiten hinwies und dem Abgeordnetenhaus die Schuld zumah, weil es seinerzeit die Kanalvorlage abgelehnt hat. — Auch Handelsminister Sydow griff in die Debatte ein, um das Gerücht einer bevorstehenden Preissteigerung für Kohlen zum 1. Januar für unbegründet zu erklären. — Bergrat Stuy, der Reichs-Kohlenkommissar wandte sich scharf gegen den Scheinhandel und teilte mit, daß Angestellte des Kohlenyndikats, weil sie Kohlen gegen Lebensmittel hergegeben hätten, in Untersuchungshaft genommen seien. Einen breiten Spielraum nahm in den Erörterungen die Frage der Bergarbeiter ein, für deren Interessen der Abg. Vogel sang und nach ihm besonders wirksam Genosse Hure eintrat. Hure gab, gestützt auf ein reichhaltiges Material, eine anschauliche Darstellung der Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt. Er schilderte dann die Schwierigkeiten, denen die Arbeiter ausgelegt seien und die Masinationen der Grubenbarone, die in den drei Kriegsjahren noch immer nicht gelernt haben, die Arbeiter als gleichberechtigt zu betrachten. Seine Schilderung der Verhandlungen, welchen die Bergarbeiter häufig ausgelegt sind, und der Versuche, ihnen das Koalitionsrecht vorzuenthalten, riefen einen großen Eindruck hervor und werden auch hoffentlich zu einer endlichen Besserung der Verhältnisse beitragen. Leider ist es bisher so, daß, wie Genosse Hure ausführte, die Regierung zwar den guten Willen hat, den Arbeitern ihr Koalitionsrecht zu sichern, sie aber zu schwach ist, den Widerstand der Grubenbarone zu brechen. Den Schluß der Rede Hures bildete ein Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung, das er für die organisierten Bergarbeiter ablegte. — Die Debatte wurde auf Freitag vertagt. Vorher sollen die Anträge auf Leuzungszulagen erledigt werden.

Die preussische Wahlrechts-Kommission.

Die Kommission zur Vorbereitung der Wahlreform-Vorlage ist gestern zusammengetreten. Sie besteht aus 35 Mitgliedern. Zum Vorsitzenden wurde der Nationalliberale Hausmann, zu seinem Stellvertreter der Konservative Delbrück ernannt. 12 Konservative gehören der Kommission an, unter ihnen Dr. v. Heydebrand, v. Kries, Graf Groeben, Kretsch, Hammer und Winkler. Die Freikonservativen sind vertreten durch Freiherrn v. Schleinitz, v. Krause-Waldenburg und Martin. Zu den Nationalliberalen zählen Dr. Lohmann, Schifferer und Dr. Schroeder. Die Fortschrittliche Volkspartei hat für die drei ihr zustehenden Sitze die Abgeordneten Dr. Lippmann, Dr. Vagstad und Dr. Wiemer bestimmt. Zu den 8 Mitgliedern des Zentrums gehören Dr. Bell, Herold, Dr. Porck und Giesberts. Die Sozialdemokraten sind durch Hirsch vertreten. Die Kommission wird am 11. Januar die Beratungen beginnen.

Katholische Arbeitervereine gegen Vaterlandspartei.

Die jüngste Nummer der „Westfälischen Arbeiterzeitung“ enthält ungemein scharfe Erklärungen gegen die Vaterlandspartei, da deren Werbetätigkeit in einigen Bezirken auch unter katholischen Arbeitern eingeleitet habe. Sie habe zu einer Vergiftung des innerpolitischen Lebens beigetragen; die Reichstagsentscheidung, die die Vaterlands-

partei als Freiheitsentschließung bezeichne, sei von den katholischen Arbeitern mit Freuden begrüßt worden, die voll auf dem Boden der Reichstagsmehrheit ständen. Die Führer der Vaterlandspartei vertreten den Standpunkt einer schrankenlosen Machtpolitik nach außen; sie sind aber durchweg entschiedene Gegner der innerpolitischen Reformen. Eine Erweiterung der Volksrechte läuft ihren Anschauungen zuwider. In den total veralteten Klassenprivilegien darf nach ihrer Meinung nicht gerüttelt werden. Von sozialer Gleichberechtigung wollen sie nichts wissen! Da gäbe es für die katholischen Arbeitervereine nur eins: Ablehnung der Vaterlandspartei!

Schweiz.

Der neue Bundespräsident. Zum Bundespräsidenten für 1918 wählte die Bundesversammlung Dr. Calonder mit 176 von 191 Stimmen. Bundesrat Müller wurde mit 155 von 202 gültigen Stimmen zum Vizepräsidenten des Bundesrats für 1918 gewählt. Bundesrat Moor erhielt bei der Wahl 44 Stimmen. Die Schweizer Bundesversammlung wählte den Geandten der Eidgenossenchaft Dr. Haas mit 166 von 208 gültigen Stimmen zum Mitglied des Bundesrats.

Nas Säbed und den Nachbargebieten.

Freitag, 14. Dezember.

Übermäßige Preissteigerung bei aufgedruckten Preisangaben.

In den neuesten Mitteilungen der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes für Preisprüfungsstellen vom 30. November d. Js. findet sich folgende Warnung vor übermäßigen Preissteigerungen bei aufgedruckten Preisangaben:

Seitens der Kleinhandlung wird sowohl im Lebensmittelhandel, wie besonders im Tabakhandel, vielfach die Klage geführt, daß bei Waren, die nach den Bundesratsverordnungen über die äußere Kennzeichnung von Waren Preisangaben für die Kleinhandlung tragen müssen, die Preisangaben dem Einkaufspreis und dem Verkaufspreis des Kleinhändlers durch den Hersteller unverhältnismäßig hoch festgesetzt ist. Vielfach ist diese Spannung so groß gewählt, daß gegen einen Kleinhändler, der von sich aus einen derartigen Verdienst berechnen würde, wegen wucherischer Preisforderung vorgegangen werden müßte. Würde aber ein Kleinhändler unter dem aufgedruckten Preise verkaufen, so würde er Gefahr laufen, von dem Hersteller nicht weiter abgesetzt zu werden. Er müßte weiter befürchten, seine Ware nicht abzusetzen zu können, da das laufende Publikum zu der Annahme geneigt ist, es handle sich um verdorbene Ware, die unter dem angegebenen Preise losgeschlagen werden soll. Durch ein solches Gebahren macht sich indessen jeder Hersteller wegen übermäßiger Preissteigerung ohne weiteres strafbar. Denn nach § 5 der Bekanntmachung wegen übermäßiger Preissteigerung vom 23. Juli 1915 (N. G. Bl. S. 467) wird bestraft, wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, sowie für Gegenstände des Kriegesbedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten, oder wer solche Preise sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt.

Das Aufdrucken von Preisen aber, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, der von dem Kleinhändler genommen werden muß, bedeutet nichts anderes als eben dieses, einem anderen gewähren lassen.

An Staatsfeuern und Abgaben gingen im Monat November beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 1 492 907,26 Mk., Gewerbesteuer 4721,04 Mk., Wertzuwachssteuer 5905 Mk., Grundsteuer 25 137,05 Mk., Eisenbahnsteuer 3060,91 Mk., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 16 218,94 Mk., Veräußerungsabgabe 32 235,84 Mk., Stempelabgabe 11 261,60 Mk., Vermögenssteuer 32 602,13 Mk., zusammen 1 624 048,87 Mk. gegen 1 330 702,96 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 293 345,91 Mk. mehr. Vom 1. April bis Ende November gingen insgesamt 6 856 220,52 Mk. ein gegen 5 505 895,16 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; demnach 1 350 325,36 Mk. mehr.

Kleine Feldpostpakete vom 15. bis 24. Dezember gesperrt. Aus Berlin wird gemeldet: Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Privatbriefsendungen im Gewicht von mehr als 50 Gr. (Feldpostpaketen) an Heeresangehörige und zwar ohne Unterschied ob die Sendungen an Heeresangehörige im Felde oder an Angehörige im Inlande befindlicher Truppen gerichtet sind, für die Zeit vom 15. bis einschl. 24. Dezember weder angenommen noch befördert werden.

Zeitlose Waschmittel. In steigendem Maße haben sich, veranlaßt durch das völlige Verschwinden erst der Seife und dann der Soda die Geschäfte mit fettlosen Waschmitteln aller Art gefüllt. In letzter Zeit ist diese bunte Menge von Präparaten, die dem Publikum als Waschmittel angeboten werden, von dem Kriegsausschuss für Oel und Fette, dem die Sorge für diese Angelegenheiten untersteht, genau geprüft worden. Die Folge davon war, daß trotz des unauflöslichen großen Bedürfnisses nach einer Ergänzung der beschränkten Mengen zur Verfügung stehender K.-A.-Seifen und Seifenpulver ein großer Prozentsatz der untersuchten Präparate vom Weitertrieb ausgeschlossen werden mußte. Verboten wurden alle diejenigen Mittel, die infolge ihrer Zusammensetzung die Webstoffe mehr als unvermeidbar angreifen, sowie diejenigen, zu deren Herstellung Sparstoffe, Ammoniak, Salz, Leim usw., die zurzeit für wichtigere Zwecke in Anspruch genommen sind, in einem das dringendste Erfordernis übersteigenden Maße verwendet sind, und endlich solche Erzeugnisse, die wegen zu geringer Waschwirkung, irreführender Bezeichnung oder Anpreisung und zu hoher Preise nur als Schwindelprodukt bezeichnet werden können. Bei der Unmöglichkeit, die vorhandenen Waschmittel in absehbarer Zeit durch neues Material ergänzen zu können, und dem raschen Verschleiß, den das Abnehmen der Waschemengen an sich bereits mit sich bringt, ist der Schutz vor Schäden und ungewollten Waschmitteln, die den Bestand unseres Waschebestandes noch beschleunigen, dringend erforderlich. Er würde selbst mit einem gewissen Mangel an Waschmitteln nicht zu teuer erkaufte, denn zweifelloserweise es jeder vorziehen, nötigenfalls seine Wäsche mit Hilfe geringerer Mengen von Waschmitteln als er es bisher gewohnt war, zu reinigen, dafür aber die Gewißheit zu haben, daß er ein unerschöpfliches und wirklich reinigendes Mittel bekommt, als Waschmittel in Fülle und Fülle kaufen zu können, die aber die Wäsche gefährden oder ganz zerschlagen.

Die Zahl der Feuerfaktungen hat in Deutschland im Oktober eine Höhe erreicht wie niemals zuvor. Es fanden nicht weniger als 1120 Einäscherungen gegen 902 im Oktober v. J. statt. In Berlin betrug die Zunahme allein 56. Sie stieg von 100 auf 156, in Linden von 2 auf 14, in Chemnitz von 34 auf 64, in Eisenach von 15 auf 24, in Gotha von 46 auf 61, in Halle von 5 auf 23, in Stuttgart von 34 auf 39, in Wiesbaden von 11 auf 21, in Jittan von 31 auf 40, in Zwickau von 16 auf 30. Gleichgeblieben ist sie in Leipzig mit 83 Einäscherungen und in Frankfurt a. M. mit 12. Zurückgegangen ist die Zahl der Einäscherungen in Dessau von 5 auf 3, in Göttingen von 6 auf 5, in Göttingen von 4 auf 1, in Greifswald von 4 auf 3, in Hagen von 6 auf 3, in Hamburg von 45 auf 41, in Heidelberg von 14 auf 11, in Jena von 26 auf 20, in Offenbach von 19 auf 11, in Tregtown von 13 auf 6, in Weimar von 21 auf 19 usw. Im übrigen betrug die Zahl der Einäscherungen im Oktober 1917 in Augsburg 5, Braunschweig 9, Bremen 53, Coburg 25, Danzig 11, Darmstadt 1, Dessau 70, Freiburg 9, Friedberg 1, Götting 8, Heilbronn 5, Hirschberg 2, Karlsruhe 3, Kiel 4, Krefeld 5, Lübeck 13, Mainz 26, Mannheim 27, Reiningen 9, München 26, Nürnberg 19, Pößneck 10,

Der amtliche Kriegsbericht.

W. B. Großes Hauptquartier, 14. Dezbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war nur in wenigen Abschnitten das Artillerief Feuer lebhaft.

Westlich von Bullecourt versuchten die Engländer, die verlorenen Gräben wieder zu nehmen. Unter blutigen Verlusten wurden sie zurückgeschlagen. Hier, wie bei einem eigenen Vorstoß südlich von Bronville blieben Gefangene in unserer Hand.

Südlich von St. Quentin fügten wir dem Feinde durch heftigen Minenfeuerüberfall erheblichen Schaden zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Ein deutscher Erkundungsvorstoß brachte nordöstlich von Craonne Gefangene ein.

Front des Generalleutnants Herzog Albrecht von Württemberg.

Nördlich von St. Mihiel, nördlich und östlich von Nancy, sowie am Hartmannswiesertopf erhöhte Feuer-tätigkeit der Franzosen.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Die Waffenstillstandsverhandlungen dauern an.

Mazedonische Front.

Nichts Besonderes.

Italienische Front.

An einzelnen Stellen zwischen Brenta und Piave kam es in Verbindung mit kleineren Unternehmungen zu heftigen Artilleriekämpfen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Budapest.

Befreiung von Zundal auf Madeira.

W. B. Lissabon, 14. Dezember. Ein deutsches Unterseeboot besaß Zundal. Etwa 40 Granaten wurden abgeschossen. Einige Wohnhäuser stürzten ein. Es gab Tote und Verwundete. Patrouillenschiffe versuchten das U-Boot, das floh.

Neutlingen 1, Sonneberg 12, Tilsit 11, Elm 13. Im ganzen haben bis jetzt in Deutschland 107 518 Einäscherungen stattgefunden.

Grünfohl und Karfohl. Leider ist auch in Lübeck Grünfohl in gehobener Lage zu sehr hohen Preisen verkauft worden. Der Höchstpreis für Grünfohl beträgt im Kleinhandel 19 Pf. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß das Publikum im eigenen Interesse nur Grünfohl im Naturzustand kaufen sollte, wobei die Länge der Stunten 10 Zentimeter nicht überschritten darf. Der gehackte Kohl enthält häufig die ganz minderwertigen Stunten und andere minderwertige Pflanzen als Beimischung, deshalb hat sich die Landesstelle für Gemüse und Obst veranlaßt gesehen, den Verkauf von gehacktem Grünfohl überhaupt zu verbieten, womit sie sich nur dem Vorhaben Hamburgs angeschlossen hat. Die geringe Arbeit des Hackens macht sich durch die Güte des selbst hergestellten Kohls leicht bezahlt.

Eingefrorene holländische Hühner gelangen in der nächsten Woche in der Markthalle zum Verkauf. Näheres ist aus dem Interzententeile ersichtlich.

vb. Klassische Tanzkunst von Isabella und Ruth Schwarzlopf mit ihrem Ballet im Sanjathheater. Während das eigentliche Ballet im klassischen Altertum - besonders bei den Griechen - wurzelt, sind die pantomimischen Ballette erst vor etwas über hundert Jahren entstanden. Man ging von dem Prinzip aus, den eigentlichen Tanz der Handlung unterzuordnen. Bei der Zeichnung der Charaktere sind die nämlichen Gesetze zu befolgen, die dem Dramenmacher vorgeschrieben sind. Alles, was der letztere durch die Sprache ausführt, muß der Komponist eines Ballettes durch die Mimik und den Tanz zur Darstellung bringen. Die Kunst unterstützt nur die rhythmischen Bewegungen und verleiht so der mimischen und pantomimischen Darstellung eine Art von Sprache. Die Schwestern Schwarzlopf sind nicht nur vollendete Meisterinnen der Tanzkunst, sondern auch Neubildnerin und Schöpferin der Darstellung der „Eitelkeit“ durch Isabella Schwarzlopf und „Ruths Geburtstag“ gestern abend gesehen, vergibt diese eigenartige Kunst der Darstellung nicht wieder. Ganz hervorragend war auch das Traummel „Silhouetten“, eine Schöpfung Isabellas, das in die Kokoszeit verlegt wurde. Die Ballettpantomime „Die Vielumworbene“, zu der zwei Japaner die Musik schrieben, bildete einen würdigen Schluß. In den zwölf ersten Nummern des Programms wurden alle Gebiete der Tanzkunst in höchster Formvollendung berührt. Auch Verta De Laga und Elli Dittler sind den Schwestern Schwarzlopf ebenbürtige Tänzerinnen. Entzückend wirkte auch die Vielteiligkeit und Kostbarkeit der Gewänder und Kostüme. Und dann verfügen alle vier Tänzerinnen über einen prächtigen Körper, so wie ihn Heinrich Heine besungen: „Jhmah, der Leib des Weibes ist das hohe Lied der Poesie.“ Gar wundersame Ströphen sind die einen, weißen Glieder.“

Sanjathheater. Man schreibt uns: Vielfach geäußerten Wünschen entsprechend bringt die Direktion am Sonntag abend 7 Uhr die so beliebte Operette „Die tolle Komte“, neu einstudiert und in teilweise neuer Besetzung zur Aufführung. Die Titelrolle spielt Fr. Ragall, der sich schon bei früheren Aufführungen großen Beifall errang, den Balbain Klose Herr Dir. Baumgarten, welcher es verstanden hat, sich die Gunst des Sanjaththeater-Publikums in hohem Grade zu erwerben. Neu sind ferner in ihrem Rollen Fr. Kriebel, sowie die Herren Ahrens und Abt. Sonntag nachmittags wird als Kinder-Vorstellung „Der geküßelte Vater“ wiederholt.

pb. Verhafteter Einbrecher. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Krefeld, der sich des Einbruchsdiebstahls in einer Brotfabrik schuldig gemacht hatte, wo er Brode mit Fern stahl. Der festgenommene scheint ein ganz gefählicher Mensch zu sein, weil er außer einer größeren Anzahl Diebstählen auch eine Verdrückung und Vortriebe bei sich führte, wahrscheinlich um sich bei Straftaten untertunlich zu machen.

pb. Festgenommen wurde ein Heizer aus Stettin wegen Entweichens vom Schiffsdienst.

pb. Diebstahl. Aus einem Lagerhaus in der Fischergrube wurden in letzter Nacht ungefähr 100 Pfund Zucker, ein Boden Käse und etwa 2000 Zigaretten, Marke Salem Gold Nr. 5, gestohlen.

pb. Seinen Arbeitgeber bestohlen. Ermittelt und festgenommen wurde ein in der Mittelstraße wohnhafter Kutcher wegen Diebstahls zum Nachteil seines Arbeitgebers. Der festgenommene, der schon lange in dem Verdacht des Diebstahls stand, wurde dabei abgefaßt, als er erneut Diebstahl einem Helfer zu steckte. Auch dieser wurde festgenommen.

Hamburg. Der verdächtige Leibesumfang. Am Hauptbahnhof hielten Polizeibeamte zwei Leute an, die ihnen für die letzte Zeit zu stark erschienen, außerdem aber noch jeder einen schweren Koffer trugen. Die Koffer enthielten Bettwäsche. Auch die Fettleibigkeit der beiden behob sich auf der Polizeiwache, denn es stellte sich heraus, daß beide eine große Anzahl Intertis und

Bettwäsche um den Körper gewickelt hatten. Die Nachforschungen ergaben, daß die beiden festgenommenen schon seit geraumer Zeit hier und in Altona Hotelbesuche ausühten.

Kreis Steinburg. Beim Spiel tödlich verunglückt. In Desau vergnügte sich drei Kinder damit, daß sie auf einem Handwagen einen kleinen Berg hinabrollten. Als der Handwagen wieder nach unten sauste, kam er unter ein Rad eines vorbeifahrenden Kohlenwagens, dessen Lenker, den Kindern abgewandt, neben seinem Gefährte ging. Die 10 Jahre alte Tochter des im Felde stehenden Arbeiters Raad wurde schwer verletzt und starb bald.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Dyderpotts Erben“, Komödie in 3 Akten von Robert Gröbich. Zweite Vorstellung für die Lübeck-Schauspielgemeinde. Den Lesern sozialdemokratischer Zeitungen ist Gröbich ein guter Bekannter. Seine Erzählungen, die in dieser zum Abdruck gelangten, und die auch in Buchform erschienen sind, zeigen eine gute Beobachtungsgabe, Humor und ein lebendiges Gestaltungsgemüse. Sie werden deshalb gern gelesen. Nun hat Gröbich sich auch auf das dramatische Gebiet bezogen und sich dort mit Glück und unverkennbarem Geschick versucht. Und er hat im Gegensatz zu manchen anderen talentvollen Schriftstellern obendrein das Glück gehabt, daß sich ihm, dem Neuling, große Bühnen die Pforten öffneten und sein Werk zur Ausführung brachten. Am Dresdener Hoftheater erlebte es vor wenigen Monaten seine Erstaufführung und nahm von dort seinen Weg nach Berlin, Leipzig und zahlreichen anderen deutschen Städten. „Dyderpotts Erben“ ist eine satirische Komödie, in welcher die oben angebotenen Vorzüge ihres Autors wirksam zur Geltung kommen, ohne daß deshalb schon ein Meisterstück zustande gekommen wäre. Für drei Akte erscheint die Handlung nicht ganz ausreichend und man spürt gelegentlich Längen, die sich bei einer größeren Konzentration des Stoffes wohl hätten vermeiden lassen. Aber der Gedanke, welcher dem Ganzen zugrunde liegt, ist wirklich lustig und für eine Satire brauchbar.

Ein reicher Sonderling Dyderpott spielt seinen lieben Erben noch im Tode einen Streich, indem er sein großes Millionenvermögen einem bissigen und häßlichen Köter Strupp vermachte. Mit dessen Pflege werden gegen hohe Entschädigung der Kammerdiener und der Vorstände des Tierzuchtvereins betraut. Die Verwandten, welche Anspruch auf den Nachlaß erheben, müssen in Dyderpotts Villa wohnen und eine im Interesse Strupps erlassene Hausordnung streng beachten. Nun ist es sehr ergötzlich zu sehen, wie sich diese Erben öffentlich lebhaft um Strupps Wohlergehen bemühen, während sie heimlich bestrebt sind, ihn durch Gift zu beseitigen. Schließlich wird der Köter von dem anständigsten der Erben, einem jungen Techniker, dem er seine Zeichnungen und Pläne zerrissen hat, im Jorn erschlagen. Doch nun erst erreicht die Situation ihre volle Höhe. Während die übrigen Miterben noch über die Tat frohlocken, stellt der Testamentvollstrecker aus einem Nachtrag zu der letztwilligen Bestimmung Dyderpotts fest, daß dieser, der den Charakter seiner Verwandten gut kannte und mußte, daß sie um des Geldes willen sogar einem struppigen Hunde ihre Reverenz erweisen würden, gerade den zu seinem Erben bestimmt, der unbekümmert um die vermeintlichen Folgen Strupp nach Verdienst behandeln würde. So erhält der Techniker das Vermögen und eine Braut, die ihm als armen Verwandten sonst unerschaffbar war.

Es ist meistens „verdorrenes Volk“, um mit Gröbich zu sprechen, das sich in der Komödie herumtummelt, aber doch solches, wie man es nicht selten unter unseren Mitmenschen findet. Den „Helden“, nämlich den Hund Strupp, bekommen die Zuschauer allerdings nicht zu sehen; dafür hören sie ihn aber in den verschiedensten Tonarten heulen und heulen und werden so in der erheiterten Weise vor seiner Existenz überzeugt. Wer das Liebesgeseusel junger Paare für das erste Erfordernis eines Theaterstückes hält, der wird hier nicht auf seine Rechnung kommen, wohl aber derjenige, der Freude empfindet an gesundem Humor, drastischen Situationen und der gelungenen, aber niemals billigen Verportung menschlicher Schwächen.

Die Aufführung unter Schweißguths Leitung unterstützte die Absichten des Dichters durchweg in bester Weise. Ganz vorzüglich verkörperte Schwesiguth den älteren der Erben; indem er jede Uebertreibung, zu der die Rolle leicht verleiten kann, vermied, gewann diese Gestalt wirkliches Leben und bewundernde Komik. Sehr wirkungsvoll war Fr. Trebe als halbtaube alte Jungfer. Gute Leistungen boten ferner die Herren Deutschländer (Vorhänger des Tierzuchtvereins), Pauls (Diener) und Landar (Techniker), sowie Fr. Erler als dessen Braut. Lobende Erwähnung verdient nicht zuletzt derjenige, der Strupps Laute von sich zu geben hatte. So wurde der Aufführung ein freudvoller, wenn auch kein großer Erfolg.

Über die Persönlichkeit des Dichters sei noch mitgeteilt, daß er 1882 geboren wurde und von Beruf Klempner ist. Durch Selbstbildung hat er sein Wissen ständig vervollkommen und ist seit 1906 Redakteur an unserm Dresdener Parteiorgan.

P. L.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. Dezember. (Amtlich.) Im Mittelmeer wurden wieder 12 Dampfer und 6 Segler mit über 50 000 Britton-Register-Tonnen von unseren Unterseebooten vernichtet. Die Mehrzahl der Dampfer wurde trotz stärkster Sicherung durch U-Boots-Jäger, Zerstörer und Fischdampfer aus Geleitzügen herausgeschossen. Verheerende Gegenwirkung der Geleitzüge blieb in allen Fällen erfolglos. Der Transportverkehr nach Italien und den Kriegsschauplätzen im östlichen Mittelmeer erlitt erhebliche Einbuße. Im besonderen konnte ein großer verankerter Dampfer als Truppentransportschiff nach Italien erkannt werden. Bei einem anderen wurde die Bestimmung nach Saloniki festgestellt.

Unter den vernichteten Schiffen waren ferner die bewaffneten englischen Dampfer „Karema“ (5285 Tonnen), „Kohistan“ (4732 Tonnen), „Doia“ (4159 Tonnen) sowie ein mit mindestens 8 Geschützen bewaffneter Hilfskreuzer, dessen Besatzung beim Untergang namhafte Verluste erlitt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Bazel, 13. Dezember. Aus Paris wird gemeldet: Die zünftige konstituierende Versammlung ist am Dienstag nachmittag 2 Uhr im Saale des Revolutionstomites zugemengetreten.

Genf, 13. Dezember. Die „Pravda“ erklärt, das Lebensinteresse Rußlands verlange, daß der Friedensschluß mit dem Feinde mit oder ohne die Mitkerten spätestens im Januar zustandekomme.

Stockholm, 13. Dezember. Die „Pravda“ veröffentlicht einen Aufruf der Volkswirtschafts-Regierung, der sämtlichen muslimischen Stämmen Rußlands volle Glaubensfreiheit und das Recht der Selbstverwaltung zusichert und sie auffordert, die Revolution zu unterstützen. Perisien erhält die Zustimmung, daß sofort nach dem Aufheben der Kriegserklärungen die russischen Truppen vom persischen Boden zurückgezogen werden sollen. Die Muhammedaner des ganzen Orients werden aufgefordert, unverzüglich das Joch der europäischen Unterdrücker abzuschütteln.

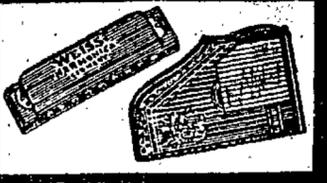
Verantwortlich für die Abteil. „Was Säbed und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Lämigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellert, Verleger: Th. Schwach, Druck: Friedr. Koenig & Co. Gedruckt in Lübeck.



Musikwaren Auswahl

in großer Auswahl

Herrn. Haller, Lübeck
Markt 3 und Kohlmarkt 12.



Bekanntmachung.

Auf Anordnung des stellvertretenden Generalkommandos Altona wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des § 9b des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 hiermit bekannt gemacht:

1. Während der Dauer der vom 21. Dezember 1917 bis zum 12. Januar 1918 im lübeckischen Staatsgebiet stattfindenden Pferdevermusterung ist jeder Handel oder jede Pferdeausfuhr aus dem lübeckischen Staatsgebiet untersagt.
2. Ein Ortswechsel von Pferden innerhalb des lübeckischen Staatsgebietes ist gleichfalls verboten.
3. Für die Bewilligung von Ausnahmen in ganz besonders begünstigten Fällen ist das Polizeiamt zuständig.
4. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Geldstrafe bis zu 1600 Mk. oder Haft erkannt werden.

Lübeck, den 13. Dezember 1917. 4069

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Petroleum.

Auf Abschnitt 3 der blauen Petroleumkarten können 2 Liter, auf Abschnitt 3 der grünen Petroleumkarten 1 Liter Petroleum abgegeben und entnommen werden.

Die blauen und grünen Petroleumkarten werden dem Bezugsberechtigten durch die Polizeibezirke im Laufe dieser Woche zugestellt.

Die Petroleumhändler haben die entgegengenommenen Kartenausschnitte zu sammeln und zu dem noch bekanntstehenden Zeitpunkt bei der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Schmiedestraße 25, einzureichen.

Lübeck, den 13. Dezember 1917. (4068)

Das Polizeiamt.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Alle diejenigen meldepflichtigen Personen, die sich in der Zeit vom 6. bis 15. Dezember oder früher zwangsweise zum Vaterländischen Hilfsdienst angemeldet haben und sich noch nicht im Besitze einer der Meldetarte anhaftenden Meldebestätigung befinden, werden hiermit aufgefordert, diese am Sonnabend, dem 15. resp. Montag, dem 17. d. Mts., zwischen 9 und 1 Uhr vormittags oder 4 und 6 Uhr nachmittags im Bureau der Hilfsdienstmeldestelle, Parade 1, Zimmer 1, in Empfang zu nehmen.

Lübeck, den 13. Dezember 1917. 4074

Das Stadt- und Landamt.

Bekanntmachung

über Höchstpreise für Grünfohl.

Im gegebener Veranlassung wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Höchstpreise für Grünfohl (die Eranken dürfen nicht länger als 10 cm sein)

Erzeugerpreis 5/6, Großhandelspreis 14/16, Kleinhandelsz. 19 Bfa. für je ein Pfd. betragen. Der Verkauf von gekochtem Grünfohl, sog. Kurzfohl, ist vom 18. Dezember ab verboten.

Lübeck, den 14. Dezember 1917. (4077)

Landesstelle für Gemüse und Obst.

Verkauf von holländischen Hühnern.

In der nächsten Woche gelangt eine größere Menge eingetretener holländischer Hühner zum Verkauf.

Preis Mk. 4.— das Pfund.

Der Verkauf findet nur auf vorherige Bestellung beim Markthallenaußenseher statt. Bestellungen werden entgegengenommen in der Markthalle am Montag, dem 17. und Dienstag, dem 18. Dezember, vormittags von 7 1/2 bis 1 Uhr und zwar können erhalten Haushälte bis 3 Personen 1 Huhn, über 3 Personen 2 Hühner. Gegen Vorlegung der Fleischkarten werden Gutscheine mit laufenden Nummern ausgehändigt. Tag und Zeit der Ausgabe der Hühner wird noch bekanntgegeben. Bezahlung bei Empfangnahme der Hühner. (4076)

Der Ernährungsausschuß.

Pelzwaren *

als: Muffen, Kragen in allen Pelzarten. Reichliche Auswahl. Pelzbaretts und Pelzmützen empfiehlt (4060)

Eduard Hirsekorn, Sandstr. 20.

Ia. Rauchtobak
Vanill.-Zucker. (4079)
M. Ehlers Wwe., Gr. Steinh. 9.

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Mittelschulen.

Die Anmeldung der in die hiesigen Mittelschulen zu Ostern 1918 aufzunehmenden Kinder hat vom 1. bis 15. Dezember bei den Hauptlehrern der 1. Knaben- und 3. Knaben-Mittelschule an den Schultagen zwischen 12 und 1 Uhr, der 1. Mädchen-Mittelschule und der St. Lorenz-Mittelschulen an den 3 ersten Schultagen der Woche von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr, an den letzten 3 Schultagen der Woche von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr zu erfolgen.

Bei der Anmeldung ist vorzulegen: 1. der Taufschein oder, wenn dieser nicht vorhanden ist, der Geburtschein des Kindes; 2. der Schein über die Wiederimpfung, wenn das Kind über 12 Jahre alt ist; 3. das letzte Schulzeugnis, wenn das Kind bereits eine andere Schule besucht hat. (4062)

Lübeck, d. 26. Novbr. 1917.
Die Ober Schulbehörde.

Bekanntmachung

betreffend die Anmeldung schulpflichtiger Kinder zur Aufnahme in die Volks- und Bezirksschulen.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Ostern beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1918 das sechste Lebensjahr vollenden, können ohne weiteres, die, welche zwischen Ostern und Michaelis sechs Jahre alt werden, ausnahmsweise schon zu Ostern nächsten Jahres aufgenommen werden, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind.

Eltern, deren Kinder zu Ostern 1918 in eine hiesige oder vorstädtische Volksschule oder in eine Schule des durch Gesetz vom 13. November 1912 in einem bestimmten Gebiete (Stademünde, Bücheln, Schlutrup, Moisling, Siems und Jiraelödorf) aufgenommen werden sollen, werden hierdurch aufgefordert, die Kinder baldmöglichst, spätestens aber bis zum 20. Dezember d. J. bei den Hauptlehrern bzw. Bezirksschullehrern der betreffenden Schule an-melden.

Bei der Anmeldung ist der Taufschein, in dessen Ermangelung der Geburtschein und bezüglich derjenigen Kinder, die ihr 12. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, der Nachweis der gelegentlichen Wiederimpfung vorzulegen. (4061)

Lübeck, d. 26. Novbr. 1917.
Die Ober Schulbehörde.

Deutscher Transportarbeiterverband

Ortsverwaltung Lübeck.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Hermann Welzel
Arbeiter,

verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 15. Dez., nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Kapelle Bornwerk aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht.
4078
Der Vorstand.

Zu kaufen gesucht ein gut erhaltenes Fahrrad ohne Gummi.
C. Speth, Renfefeld, Lindenstr. 10.
4071)

Ein schwarzes Tuch verloren.
4072) Abzug. Coignystr. 6.

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Zeitungsfremdwörter und politische Schlagwörter

verdruckt und herausgegeben von
Adolf Braun
Preis 30 P.
Ein Taschenbuch, das jeder Zeitungsläser sich besitzen lassen sollte.

Zu beziehen durch:
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Volkstümlicher Abend

am Freitag, d. 14. Dez. 7 Uhr abends
im Hansa-Theater.

Aus der Vortragsfolge:
Liedervorträge von Frl. Klara u. Olga Schmidt, Lieder zur Laute von Wandervögeln, Ansprache von Pastor Pantke, Deklamationen von Direktor Baumgarten und Frl. Lotte Rogall, „In Civil“, Einakter von Kadelburg.
Programm, das als Eintrittskarte gilt, 20 Pfg.
Vorverkauf bei Nagel, Am Markt, im Holstenhaus, bei Drelalt, Sandstraße, und bei Robert, Breite Straße. (4065)

Stadttheater.

Freitag, den 14. Dezbr. 1917

Hans Heiling.

Sonnabend, d. 15. Dezbr. 1917:

Jedermann.

Sonntag, den 16. Dezbr. 1917

D. Nachtlager zu Granada

Oper von C. Kreutzer. Hierauf:

Die schöne Galathee.

Operette von Fr. v. Suppé.
Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

c. G. m. b. H.

Die Warenabgabestelle für Manufaktur- u. Hausstandswaren

Königstraße 111
ist an den beiden letzten Sonntagen vor dem Weihnachtsfeste am 16. und 23. Dezember von 10 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. geöffnet.
Der Vorstand. 4066

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

c. G. m. b. H.

Nachdem die am 10. Dezember stattgefundene Generalversammlung die diesjährige Bilanz genehmigt hat, erfolgt die Auszahlung der

3 Prozent Rabatt

für im Geschäftsjahr 1916-17 entnommene Waren am Mittwoch, dem 12., Donnerstag, dem 13., Freitag, dem 14. u. Sonnabend, dem 15. Dezember während der Geschäftsstunden in den Warenabgabestellen gegen Abgabe der bei der Markenablieferung erhaltenen Quittung.

An Kinder unter 12 Jahren wird nicht ausbezahlt.
Der Vorstand. 4064

Sonntag, den 16. Dezember

werden von morgens 8 bis 11 Uhr (4075)

Britetts und Kots

von meinem Lagerplatz bei der Drehbrücke verkauft.
Christian Gäde, Kohlenhandlung.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

München 99 Zeitschrift für Humor und Kunst
9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Cheatinerstr. 41

Kein Besucher der Stadt München

sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Cheatinerstraße 41, befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Taglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Hansatheater.

Sonntag, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Kinder-Vorstellung.

Der gestiefelte Kater.

Abends 7 Uhr: Auf allgemeinen Wunsch: Die tolle Komtesse.

Operette in 3 Akten. Musik von Walter Kollo.
Jutta Frl. Rogall.
Balduin Klose . . . Dir. Harald Baumgarten.

Erzeuger
Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt Lübecker Vereins-Bräu

Erzeuger
Bavaria-Brauerei
Bavary-Altona
Niederlage Lübeck
Ludowstr. 83a Tel. Nr. 474
Fleisch- und Würstwaren
Julius Schöber
Lebte Würstwaren
Größe Bogen 25

Praktischer Wegweiser
empfehlensw. Geschäfte
Herrn-Waller
Breitestr. 60
Herrenwäsche
Krawatten, Unterzeuge
Hüte, Schirme etc.
Wilhelm Rabfoht
Unterstr. 112
Telephon 67
vertreterliche Bezugsstelle für
Gewinn Wein u. Spirituosen

Erzeuger
Die Horen der
Schloßbrauerei Kiel
werden überall bevorzugt.
Lederwaren-Fabrik
Carl Rohde
Sohlenstr. 2, Bedarfsartikel
Feld-Graben
Kiel, Schloß
Glandorpstraße 7
Kiel, Schloß

Thüringer Wurstfabrik
Augustscheere
G. m. b. H.
Wurstfabrikation
Lübecker Wurstfabrik
Emil Aland
Wilk. Schmidt Nachf.
C. Ahrens, Bäckereimeister.

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu
Aktienbrauerei Lübeck
Eutin
MewsMühle, Mühlenfabrikate
Ratzeburg
Ratzeburger
Aktien-
Brauerei

Kampf um die Meinungsfreiheit in Preußen.

Das preussische Abgeordnetenhaus hatte am Mittwoch einen großen Tag, der an politischer Bedeutung den Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage kaum nachstehen dürfte. Auf der Tagesordnung stand der von Konservativen, Freikonserverativen, einem Teil der Nationalliberalen und einigen Zentrumsabgeordneten unterstützte Antrag *Fuhrmann* (Natf.), der die Regierung ersucht, das den Staatsbeamten verfassungsmäßig zustehende Recht der politischen Betätigung unter Zurücknahme neuerdings versuchter Einschränkungen wiederherzustellen. Gleichzeitig mitberaten wurde ein fortschrittlicher Antrag, der für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung fordert, durch die den Staatsbeamten der freie Ausdruck ihrer politischen Überzeugung gewahrt, jedoch unterlagert wird, innerhalb der Diensträume oder sonstiger Ausübung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Parteien aufzufordern. — Aus der Rede, mit der Abg. Fuhrmann seinen Antrag begründete, ging deutlich hervor, daß es sich um einen Versuch gegen den Minister Drews und gleichzeitig um den Versuch handelte, der Vaterlandspartei und allen denen, die auf dem gleichen Boden stehen, eine bevorzugte Stellung vor allen übrigen Parteien einzuräumen. Es war interessant, zu hören, wie Herr Fuhrmann, der sich zwar immer noch liberal nennt, rund heraus von der Regierung verlangte, sie solle wieder die frühere Praxis befolgen und den Beamten das Bekenntnis zur Sozialdemokratie verbieten. Für Herrn Fuhrmann scheint also das Wort: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! immer noch nicht zu gelten. Er behauptete weiter, daß der Minister des Innern seine Beamten den außerhalb der Verfassung stehenden Faktoren geopfert habe; mit anderen Worten: daß er vor der Reichstagsmehrheit zu Kreuze gekrochen sei. Daß er nebenher für die Vaterlandspartei und für weitgehende annexionspolitische Ziele Propaganda machte, versteht sich angesichts der ganzen Haltung dieses Nationalliberalen von selbst.

Die Antwort, die ihm der Minister des Innern erteilt werden ließ, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der Minister nahm von seinem Erlaß nichts zurück; im Gegenteil, obwohl er wußte, daß die große Mehrheit des Hauses gegen ihn ist, verteidigte er die von ihm ergangenen Anordnungen in äußerst wirksamer und geschickter Weise. Vor allem stellte er fest, daß auf seinen Erlaß die Verhandlungen des Reichstages gar keinen Einfluß gehabt haben und auch nicht gehabt haben können, weil die Reichstagsdebatten über die Vaterlandspartei erst später stattgefunden haben. Er habe lediglich zum Ausdruck gebracht, was bezüglich der Beamten seines Ressorts gegenüber allen politischen Parteien zu gelten hat. Der Erlaß bedeutet keine Ausnahmebestimmung für die Vaterlandspartei; er habe es sich vielmehr zur obersten Grundlage seines Handelns gemacht, in allen Fällen, wo eine Stellungnahme seiner Beamten zu den politischen Fragen in Betracht kommt, alle politischen Parteien gleich zu behandeln. Was der einen Partei recht sei, müsse der anderen billig sein. Die Regierung stehe heute noch zu dem Wort des Kaisers: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche. Sie werde an diesem Standpunkte festhalten gegenüber allen Parteien, es sei denn, daß eine Partei Berrat am Vaterlande übe. Grundsätzlich herrsche unter seinen Beamten politische Meinungsfreiheit; die Beamten könnten den politischen Parteien ungestört beitreten und ihnen angehören. Aber gewisse Einschränkungen seien doch vorhanden. So müßten es die Beamten unbedingt unterlassen, auf ihre Untergebenen irgendwie einen Druck auszuüben, daß diese einer bestimmten Partei beitreten. Weiter dürften sie auch nicht während der Amtsstunden mit amtlichem Material Agitation für eine politische Partei treiben. Speziell für die politischen Beamten kämen noch weitere Einschränkungen in Betracht. Diese Beamten hätten häufig Entscheidungen zu treffen, deshalb sei es nötig, daß auf alle

Fälle und unter allen Umständen auch der Schein vermieden wird, daß sie bei ihren Entscheidungen irgendwie durch ihre politische Parteistellung beeinflusst sein könnten. Am besten wäre es, die Beamten der inneren Verwaltung würden sich an der Agitation für politische Parteien überhaupt nicht beteiligen. Er halte das für erwünscht, aber verbieten könne er es ihnen nicht. Es komme hinzu, daß nach einem Ausspruch des Fürsten Bismarck die Aufgabe der politischen Beamten darin bestünde die Politik der Regierung nach außen zu vertreten. Die parlamentarische Betätigung der Beamten würde durch diese Ausführungen selbstverständlich nicht berührt. — Diese Rede des Ministers wurde von der Linken mit lebhaftem Beifall, von der Rechten genau so wie seine Wahlrechtsrede mit eisigem Schweigen aufgenommen.

Die nun folgende Debatte gestaltete sich zu einer gründlichen Abrechnung mit der Vaterlandspartei. Das Material, das der Fortschrittler *Kanzow* und unser Genosse *Leinert* vorbrachten, ist überaus reichhaltig. Es beweist, welcher Mittel sich die Vaterlandspartei bedient, und gleichzeitig wie sehr gerade die Partei zur Verlängerung des Krieges beiträgt, indem sie im Ausland einen ganz falschen Eindruck über uns erweckt. Daß unser Redner für die völlig freie Betätigung der Beamten eintrat, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Die Mehrheit des Hauses allerdings wird von dem vorgebrachten Material nicht überzeugt sein. Sie hält unentwegt an ihrer Meinung fest, daß es Pflicht der Regierung sei, die Agitation für bestimmte politische Parteien zu fördern und sich hierzu des behördlichen Apparates zu bedienen. Das geht u. a. daraus hervor, daß ein Antrag der Unabhängigen auf Ergänzung des fortschrittlichen Antrages dahin, daß den Staatsbeamten der freie Ausdruck ihrer politischen Überzeugung für alle Parteirichtungen gewährt wird, nicht die genügende Unterstützung fand: ja noch mehr, die Nationalliberalen hatten sogar für den Fall der Annahme des Antrages einen weiteren Zusatzantrag vorbereitet, der ausdrücklich diejenigen Parteien davon ausnehmen will, die den Bestand des Reiches und des Staates gefährdende Ziele verfolgen. Dieser Antrag sowie die während der Brandrede des konservativen Abg. v. Hennings-Teichlin und die Verherrlichung der Vaterlandspartei durch den freikonserverativen Abg. *Mertin* zeigen, wie notwendig es ist, daß endlich einmal im Landtage die wahre Stimmung des Volkes zum Ausdruck kommt.

Ein positives Resultat hat die Debatte noch nicht gehabt. Die Anträge wurden vielmehr auf Wunsch des Zentrums einer besonderen Kommission überwiesen. — Donnerstag: Bericht der verstärkten Staatshaushaltskommission über die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen.

Wir lassen nachstehend die bedeutende Rede des Genossen *Leinert* folgen.

Leinert (Soz.): Hier sowohl wie im Reichstag ist stets entschieden der Standpunkt festgehalten worden, daß Wahlen für ungültig erklärt werden, wenn politische Beamte Wahlaufrufe mit ihrem amtlichen Titel unterschrieben. An diesem Standpunkt halten wir fest. Außerhalb der Wahlbeeinflussung treten wir ein für das gleiche Recht sämtlicher Beamten. Dem stehen entgegen die Erlasse von 1882 und 1899. Gerade die Konservativen und Nationalliberalen haben ja an diesen Erlässen immer festgehalten. Bei ihnen war es selbstverständlich, daß die Bevölkerung durch die Beamten zu ihren Gunsten beeinflusst wird, und jetzt verlangen sie sogar, daß die Beamten zu ihren Gunsten gegen die Regierung auftreten. Das Opfer der Überzeugung darf man von den Beamten nicht verlangen. Für einen politischen Beamten gibt es in solchem Falle nur den Weg der Amtsniederlegung, wie es der Landrat v. *Lebedur* getan hat. Deshalb fordern wir ja die parlamentarische Regierung, denn eine solche Regierung hat immer die Sicherheit, daß ihre Anschauungen mit denen der Volkvertretung und des Volkes übereinstimmen. Der Antrag Fuhrmann will aber jene Erlasse gar nicht beseitigen, sondern wünscht nur die Zurücksetzung des jüngsten Erlasses. Die Vaterlandspartei befindet sich mit ihren Zielen, speziell mit ihren Kriegszielen, im Gegensatz zu der Regierung, die auf dem Boden der Verständigung der Völker steht. Wir verlangen die Aufhebung sämtlicher Erlasse, die die freie politische Betätigung der Beamten ein-

schränken. In dem Antrage Fuhrmann wird Sicherstellung des verfassungsmäßigen Rechtes der Beamten verlangt. Dann müßten Sie gerade mit uns für die Aufhebung Ihrer früheren Erlasse eintreten. Ich freue mich darüber, daß der Minister des Innern heute den Grundlag der freien politischen Betätigung der Beamten ohne jede Einschränkung im Gegensatz zu dem früheren Reichsanwalt *Michaëlis* ausgesprochen hat, der ja eine Partei (nämlich die unabh. Sozialdem.) ausgenommen wissen wollte. Der Antrag Fuhrmann verlangt allerdings die Einfügung des Wortes: „Soweit sie keine den Bestand des Reiches und des Staates gefährdende Ziele verfolgt.“ Mit solchen lauschartigen, beherrschenden Bestimmungen sollten Sie doch vorsichtiger sein. Man will dem Minister Steine in den Weg werfen, über die er stolpern soll, falls es nicht gelingt, ihn bei der Wahlrechtsfrage zu Fall zu bringen. Nun haben wir noch nie ein Interesse daran gehabt, einen Minister zu stützen; aber ich muß doch sagen, daß es jetzt das erste Mal ist, daß wir Sozialdemokraten einem Minister des Innern vertrauensvoll entgegenkommen. Die Vaterlandspartei will den ganzen politischen und Beamtenapparat in Bewegung setzen für eine Bewegung, die sich gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes richtet und das ganze deutsche Volk in seiner Verteidigung auf das Ärgste bedroht. Ohne Mißbrauch des Beamtenapparates wäre die Vaterlandspartei überhaupt nicht in der Lage, über irgend eine nennenswerte Zahl von Anhängern zu verfügen. Nur durch den behördlichen Druck ist diese volksfeindliche Bewegung gefördert worden. Sie (nach rechts) haben gar keine Ursache, sich zu beklagen, daß der Erlaß des Ministers der Agitation Abbruch getan hätte. Das Gegenteil ist richtig. Redner bringt zahlreiche Material vor. Wir müssen aber Einspruch dagegen erheben, daß die Versammlungen der Vaterlandspartei erlaubt werden, Versammlungen zu deren Betätigung dagegen verboten werden. Sie sagen: Die Vaterlandspartei wird das deutsche Volk einigen. Diese einigende Wirkung haben wir bei den Reden der Herren Fuhrmann und Hennings-Teichling sehen können. Sie wenden sich gegen die Demokratisierung und behaupten, in dieser Beziehung eine Stütze der Regierung zu sein. Für solche Stützen muß die Regierung sich bedanken. Sie behaupten auch, eine besondere monarchische Gesinnung zu haben, und tun so, als ob der Kaiser mit der Politik der Regierung nicht einverstanden sei, und daß sie nun dem Kaiser stützen müssen. Die Vaterlandspartei erklärt es sogar für selbst, den Kaiser für den Verständigungsfrieden in Anspruch zu nehmen. Das ist vollkommen falsch, denn in der Antwortnote an den Papst stellt der Reichsanwalt ausdrücklich die Uebereinstimmung des Kaisers mit diesen Zielen fest. Durch diese Agitation der Vaterlandspartei wird der Kaiser im Gegensatz zum Volk gebracht. Es ist eine Unverschämtheit der Vaterlandspartei, während des Krieges davon zu reden, daß der Kampf gegen den „inneren Feind“ aufgenommen werden müsse. Bei der Arbeiterschaft wird sie mit ihrer Agitation kein Glück haben, aber sie wirkt zerlegend und vergründend im Volke. Sie verhetzt das Volk und ruht die Abhängigkeit der Beamten aus für Ziele, die nicht die Ziele des deutschen Volkes sind. Die Vaterlandspartei schürt den Völkerrauch, während an sich das deutsche Volk in erfreulichem Gegensatz zu anderen Völkern keinen Haß gegen die gegnerischen Völker kennt. Die Mitdeutschern wollten nach ihren eigenen Zugeständnissen diesen Krieg zu einem Eroberungskrieg machen, um andere Völker mit Gewalt unter die deutsche Junkerherrschaft zu bringen. Dieser Geist aber ist gebrochen worden durch die Mehrheitsresolution des Reichstages. Das russische Friedensangebot ist der Erfolg der Verhandlungen, die in Stockholm von der Sozialdemokratie geführt worden sind. Die Agitation der Mitdeutschern und der Vaterlandspartei ist es, die in England und Frankreich die kriegslisternen Ministerien *Lloyd George* und *Clemenceau* am Ruder hält. Diese Kriegsverlängerer bezufen sich für ihre Agitation immer auf das Material, das ihnen unsere Mitdeutschern liefern. Das deutsche Volk wird den heutigen Tag segnen als einen Tag der Reinigung von der vergiftenden Agitation der Vaterlandspartei, die uns draußen bei anderen Völkern in Mißkredit gebracht hat. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Schwedische Probleme.

Von Wilhelm Jansson.

Stockholm, den 9. Dezember.

Die Sorgen Schwedens unterliegen sich in den Grundzügen nicht sehr von denen anderer neutraler Länder, die unter den Kriegswirungen schwer zu leiden haben. Sie sind teils innerpolitischer Natur, teils solche der Auslandspolitik. In ersterer

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

24. Fortsetzung.

„Ich bin vollständig von Ihrer Antwort befriedigt,“ sagte der Polizeibeamte, sich erhebend. „Ich werde mich jetzt entziehen — aber, Mademoiselle, ich muß Sie bitten, Ihr Zimmer fürs erste nicht verlassen zu wollen. Darf ich in dieser Beziehung auf Ihre Folgsamkeit rechnen?“

„Ich weiß nicht,“ versetzte Sibylle verwundert und erschrocken, „ob ich mir im Hause meines Vaters solche Vorschriften geben zu lassen brauche?“

„Sehen Sie meine Befugnis dazu oder meine Macht, derartige Anordnungen nötigenfalls gewaltsam durchzuführen, in Zweifel? Im letzteren Falle würde ich Ihnen die polizeilichen Vorschriften aufzählen, welche in Beziehung auf dieses Haus im stillen getroffen sind, näher angeben müssen.“

„Wo ich bin eine Gefangene?“ rief Sibylle entsetzt aus. „Sie haben vorläufig nur einen kleinen harmlosen Stubenarrest,“ lächelte Monsieur Ermanns, „aber trösten Sie sich, er dauert vielleicht nur so lange, bis ich eine Unterredung mit Ihrem Vater gehabt habe, um welche ich denselben jetzt bitten werde!“

Und damit entfernte sich Monsieur Ermanns aus Sibyllens Zimmer, nachdem er ihr eine leichte Verbeugung gemacht hatte, und ließ das unglückliche junge Mädchen allein mit ihrer Angst, ihren folternden Gedanken, ihrer Verzweiflung.

Und in der Tat, die Gedanken, welche auf sie einstürzten, hatten etwas, das die Verzweiflung rechtfertigen konnte. Möchte sie nur sich in die nächste Zukunft oder zurück in die Vergangenheit bilden — es war beides gleich dunkel und qualvoll. Vor sich sah sie das entsetzliche Schauspiel eines über sie und ihren Vater verhängten Gerichtes, welches der Beamte ihr ausgemalt hatte. Und aus der Vergangenheit erhoben sich bittere Vorwürfe über den schuldvollen Leichtsinn, womit sie ihrem Mitleid für einen ruchlosen Blutmenschen nachgegeben, so daß sie jetzt für Mitläuferin an einer Gräueltat geworden; und dann beängstigende Gedanken über ihres Vaters Handlungsweise, über das, was er mit dem unglücklichen Baron verhandelt, der so bald darauf... in Sibyllens Augen stand das fest... seinem Leben ein freiwilliges Ende gemacht hatte; über den Ansehn, den ihr Vater durch sein Auftreten gegen den unglücklichen alten Sudarde an dieser entsetzlichen Katastrophe haben konnte. Und dabei dachte sie an des so kurzlich untergegangenen Mannes verfallenen Sohn, dem nichts übriggeblieben, als in die ferne Fremde zu wandern, ohne Hilfsmittel, ohne Freunde, die ihn stützen und trösten könnten auf seiner Wanderung durch ein ödes, gemüßloses, von Arbeitsqualen erfülltes Leben! Und während sie so die Gestalt Richards vor

sich heraufbeschwor, sehnte sich ihre ganze Seele ihm nach, in die Weite, ferne, wo er weisse, vielleicht traurig und hoffnungslos und entmutigt, und doch nicht so hodenlos elend, nicht so verzweifelt wie sie! Ja, könnten die Lüfte sie tragen, die Schwingen ihrer ängstlich flatternden Seele sie zu ihm führen, ihm würde sie Trost bringen und Hilfe — er sie neben sich die Freiheit, die Rettung von all ihrer Qual und ihrem Elend finden lassen! Sie würde ihm neuen Mut und Zuversicht einflößen und das schlummernde Gemüt, das er gewaltig in sich zu ersticken gestrebt hatte, wachrufen und ihm sagen...

Aber, unterbrach Sibylle den Gang und die Richtung dieser Gedanken, und es war, als ob zugleich ein tröstlicher Lichtstrahl in ihre Seele fiel — was sie Richard sagen wollte, konnte sie das jetzt nicht mit ganz gleichem Rechte sich selber sagen und vorhalten? Konnte sie sich nicht auch sagen, daß eine väterlich haltende Hand über ihr sei, welche dem Menschen nicht mehr auferlegt, als er zu tragen vermag, und welche auch sie aus der Tiefe ihres Elends, aus diesem Wirrwirrs führen werde, zu Ruhe und Frieden, zu Gerechtigkeit und Klarheit? Konnte sie sich nicht sagen, daß in der reinen Unschuld ihrer Seele die Bürgschaft eines ewlichen Sieges über alles, was die Menschen und die Welt ihr zufügen konnten, liegen müsse, liegen werde? Wie oft hatte sie einst Richard gegenüber solche Gedanken verteidigt! Er aber war unbedeutend von ihr in die Ferne gegangen. Sie hatte den Entschluß gefaßt, durch treues Ausharren das Ziel zu erreichen, welches er in hochmütigem Vertrauen auf die eigene Kraft erreichen wollte; und wenn sie es erreicht hätte, sollte er bekehrt werden, sollte er sich überwinden erklären durch die Tat, da ihm Worte nicht bekehrten. Strafte sie jetzt nicht sich selber Lügen durch die Mutlosigkeit und Verzweiflung: ward sie nicht an sich selber untreu?

Während Sibylle auf diese Weise sich wieder zu Fassung und Mut emporgang, war Monsieur Ermanns beschäftigt, seine Inquisitionen dem Hammerbesitzer gegenüber zu entwickeln; etwas weniger selbstvertrauend und selbstzufrieden, wie er es Sibyllen gegenüber gewesen war, denn er mußte sich ja gestehen, daß er bei dieser mit seinem schlauen Plane, ein völliges Geständnis durch eine Art gemüthlicher Ueberrumpelung zu erhalten, gescheitert war.

Zweiter Teil.

Neuntes Kapitel.

Eine Reizegesellschaft.

Auf der Straße, welche sich aus Holland über Emmerich und Wesel den Rhein hinaufzieht — nebenbei gesagt im Jahre 1807 — einer sehr öden, undurchschnittlichen, meist durch landige Gegenden führende Straße, bewegte sich an dem Tage, welcher der auf der Rheider Burg vorgefallene Katastrophe folgte, der holländisch-batavische Volkszogen. Von vier tausend abgetriebenen Rindern

gezogene, wadete der schwerfällige Karren langsam vorwärts; das einträgliche Knirschen der Räder in dem Sande und das ebenso einträgliche Geklapper der Wage, woran die Stränge befestigt waren, schienen das Ungetüm in den Schlummer gefüllt zu haben, denn es nierte in einem fort nach vorn, wie der Kopf eines Einschlafenden, hob sich wieder in keinen Lederrücken auf und nicht abermals nach vorn. Der phlegmatische Fährte in orangefarbener Jacke, der auf dem Sattelgaul hind, schürte in voller Uebereinstimmung mit den Neigungen der seiner Obhut anvertrauten Kräfte; auch er nierte einmal über das andere, und was seine Kräfte anging, so schienen diese seine schlaftrunkene Mimik als eine numme Zuständigkeitsklärung mit ihrer Gangart zu deuten und insolge davon sich noch mehr zu bestreben, durch recht langsames Weiterkriechen ein so gutes Einvernehmen zu erhalten.

Es wäre kein Wunder gewesen, wenn auch dieseigenen Individuen, welche sich in diesem Fuhrwerk durch eine völlig reizlose und unbelebte Gegend geschleppt sahen, dem guten Beispiel gefolgt wären und ebenfalls die Stunden der Qual verträumen hätten, mit welchen ein solcher Marktrast in der guten alten Zeit jeden fürwichtigen Menschen abstrafte, der sich verführen ließ, über den Bereich seiner vier Pfähle hinauszutreten und auf die Entdeckung auszugehen, daß die Welt weiter, größer und mitunter auch wohl noch vernünftiger eingerichtet sei, als es daheim unter der Herrschaft seines Bürgermeisters und der übrigen angekommenen Obrigkeit der Fall.

Die Insassen unserer „Diligence“ schliefen aber keineswegs, sondern sie waren in einer ziemlich lebhaften Unterhaltung begriffen. Es waren ihrer drei, ein Herr, eine Dame und ein Knabe von etwa acht bis neun Jahren.

Der Herr war ein noch junger Mann, obwohl sein Neugier und sein Benehmen eigentlich nicht von früher Jugendlichkeit zeugte, sondern das Gepräge einer, vielleicht vorzeitiger Geistesreife trug. Eine große kräftige Gestalt, ein düsterer Blick der dunklen Augen, ein schwarzer Badenbart und ein Teint, den die Sonne heiserer Zonen so dunkel gebräunt zu haben schien: das alles trat dazu bei, ihm seinen Ausdruck zu geben. Seine Kleidung hatte in ihrem Schnitt und in ihren Stoffen ebenfalls etwas Ausländisches; sie verriet englische Arbeit und zeigte eine gewisse Eleganz, die andeutete, daß unser Reisender den höheren Ständen angehörte. Darauf deutete denn auch sein ganzes Wesen, obwohl der Fremde nicht eben das sein mochte, was man einen Mann von Welt nennt. Er war äußerst zurückhaltend und schweigsam und fast immer waren seine Züge von einem tiefen Ernste überschattet, und eine dunkle Falte, wie von Kummer oder Leidenshaft gefurcht, zeigte sich zwischen seinen schwarzen dichten Brauen.

(Fortsetzung folgt.)

Sinnhaft beherrscht die Beschaffung von Lebensmitteln und gewerblichen Rohstoffen das Interesse der Öffentlichkeit vollständig, die Knappheit ist auf allen Gebieten, wo Schweden nicht Selbstversorger ist, sehr spürbar. Immerhin hat man durch das von der Regierung des Herrn Hammarström rechtzeitig durchgeführte Rationalisierungssystem sich bei jetzt einermassen gut durchgeschlagen. Das Brot hat ausgereicht und bis zum Frühjahr ist genügend Brotgetreide vorhanden. Was dann werden soll, weiß man allerdings noch nicht. Die Konventionen eröffnen deutsche Hilfe, ihre Widersacher, die heute die Regierungsgeschäfte in der Hand haben, dagegen möchten in erster Linie englisch-amerikanische Hilfe in Anspruch nehmen.

So wird die Lebensmittelfrage ein Problem der auswärtigen Politik. Gelingt es der liberal-sozialistischen Koalition nicht, einen vorteilhaften Vertrag mit England zustande zu bringen, der dem Lande die nötige Zufuhr sichert, so hat sie auch in dieser Frage ihre frühere Politik ad absurdum geführt. Denn ihr Hauptanliegen gegen die früheren Ministerien, der ihr bei den Wahlen den Sieg brachte, galt gerade dieser Frage. Die heutigen Regierungsparteien behaupten, daß Hammarström und Ekinman durch eine „eigenständige“ und deutsch orientierte Politik das Abkommen mit England unmöglich gemacht hätten, das eine reichliche Zufuhr gesichert haben würde. Es ist deshalb für sie notwendig, zu beweisen, daß die Verhandlungen mit England günstiger Ergebnisse zeitigen können, als sie den bisherigen deutsch orientierten Regierungen beschieden waren, die sich genötigt sahen, die englischen Bedingungen als zu hart abzulehnen.

Die Regierung hat deshalb in diesen Tagen scheinbar eine Kommission nach England entsandt, die ihr Glück dort versuchen soll. Sie ist durchaus ententefreundlich zusammengesetzt und ihre Instruktionen dürften dahin gehen, die größtmöglichen Konzessionen zu machen, um ein Abkommen zustande zu bringen. Bereits ist durchgedrückt, daß man bereit ist, die englischen Ansprüche in der Lammagefrage zu befriedigen, was praktisch bedeutet würde, daß 800 000 Tonnen Schiffsraum den Engländern ausgeliefert werden müßten. Nach meinen Informationen sind aber die Reder, die bei dem Geschäft noch auch in Frage kommen, nicht sonderlich von der Aussicht erbaut, ihre Schiffe den Gefahren der Ententezeit auszuliefern, und es steht zum mindesten von einem Teil der Reder eine passive Resistenz zu erwarten. Außerdem, und das ist entscheidend, ist in England für Schweden nicht viel zu holen, weil die Engländer selbst großen Mangel an den gleichen Artikeln haben. Die Schweden begehrt. Norwegen liefert das beste Beispiel, wie wenig in Wirklichkeit das Entgegenkommen gegen englische Wünsche die Zukunft gewährleistet. In zwei Monaten befristet Norwegen den Eintritt eines vollständigen Brotmangels und man hat zu einer schmerzlichen Rationalisierung greifen müssen, die eine geringere Ration als die in Schweden und Deutschland übliche vorseht. Die Aufgabe der nach England entsandten Kommission ist es, den Engländern die schwedische Lage so schwarz als möglich darzustellen, um sie zur Herausgabe größerer Mengen Lebensmitteln und Rohstoffen anzuregen und dadurch die Gefahr zu beseitigen, daß die deutschfreundliche orientierte Politik am Ende recht behält. Deutschland kann diesem Spiel hinter den Kulissen mit größter Ruhe zusehen und geduldig abwarten. Je länger es wartet, um so größer wird der Erfolg sein. Die entscheidende Zeit kommt erst im nächsten Frühjahr und bis dahin ist auch die schwedische Bevölkerung vor äußerster Not geschützt. Sie hat es immer noch etwas leichter als die kriegsführenden Völker, da sie mit Fleisch und Fett versorgt ist. Die wenigen Monate bis zum Frühjahr werden ausreichen, um die Unmöglichkeit einer ernstlich gestärkten Handelspolitik Schweden nachzuweisen, und die deutsche Position wird umso stärker sein, je größer das Fiasko wird, das die neue Regierung mit ihrem englischen Abkommen erleidet.

Nicht weniger großes Interesse erregt hier die Wendung der Dinge in Rußland. Die Bolschewiken können kaum gefestigter bekannt werden als in Scantings „Sozialdemokraten“. Das könnte auffallend erscheinen, weil das Blut der deutschen Bolschewiki, insbesondere Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, geradezu leidenschaftlich verachtet hat, obgleich seine innere schwedische Politik in diametralen Gegensatz zu den Methoden der deutschen Widerstandsleute steht. Allein, was die deutsche Niederlage im Weltkrieg offenbart, ist in seinem neutralen Programm gewahrt, hat, kommt ganz von selbst zu solcher innerlich widerspruchsvollen Haltung. Zwar glauben die Leute hier immer an das, was sie wünschen, in diesem Falle also an den englischen Sieg, aber sie sind nicht dumme genug, um nicht zu sehen, daß der Friede jetzt reine deutsche Niederlage wäre. Und da die russischen Bolschewiken mit den Frieden erkrankt zu fordern entschlossen sind, und da keine Aussicht vorhanden ist, sie von diesem Vorhaben abhalten zu können, werden sie mit Schmutz bewerfen. Hinter ostentativischen Kulissen ist der Plan einer Sonderrede zwischen österreichischen Sozialisten, deutschen Widerstandsvertretern und russischen Bolschewiken ausgedacht worden, die den Zweck haben soll, den Frieden mit Rußland zu hinstreichen. Man glaubt, die Bolschewiken in gleicher Weise präparieren zu können, wie es Scantings, Vandervelde und Konioritz mit Kerenski & Co. gelang. Der Plan ist jedoch ein tollgebornes Kind, weil die Lenin und Trotzki nicht aus gleichem Holz geschnitten sind. Sie halten mit Hochverrat nichts mehr gemein, als mit dem holländisch-standinawischen Komitee. Diese Kommunisten setzen alles auf eine Karte, gehen loszulegen auf Gänge und berechnen die Selbsttötung. Ohne sich für ihre Methode einzugehen, muß man doch anerkennen, daß sie mehr tatsächliche Politik, vor allem Friedenspolitik machen, als das gewählte Komitee, das weder Fleisch noch Blut ist und bald ein gut alibi-sammlendes Leichnam sein wird. Aus der von den Dänen angeregten neuen Stockholmer Konferenz wird das Komitee bereits hervorgehen, nicht mehr, als aus den früheren Versuchen, schon weil außer den Dänen sich niemand von der Sache etwas verspricht. Stockholm ist in der Friedensfrage ausgefallen, und die hier mit großem Tamtam eingeführte Kommerzialisierung wird nicht eher zum Ziele führen, als der Friede gefehlt ist — ohne die Konferenz. D. h. die Regierungen der kriegführenden Völker werden sich früher finden als die Sozialisten, die in der uns entgegengesetzten Gruppe schon noch nicht über die Kriegsjahre hinweg sind. Tatsächlich können die Engländer mit diesem Hinweis die Beschaffung einer Konferenz auch jetzt ab-

Die Wendung in Rußland betrifft aber auch direkte schwedische Fragen. Schon in hier die Aulandsfrage ist den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gerückt. Ein Mitglied des früheren Kabinetts Hammarström, Professor Wenman, hat in einer großen Rede in Uppsala diese Frage aufgeworfen, und sie dürfte in den nächsten Wochen die Öffentlichkeit hart beschäftigen. Durch den Vertrag mit Frankreich und England vor 1856 ist Rußland verpflichtet worden, die Inselgruppe nicht zu besetzen. Das ist wiederum während des Krieges im Einklang mit England und Frankreich geschehen. Die russische (sowjetische) Regierung hat zwar Schweden gegenüber wiederholt erklärt, daß die Besetzung nur eine Kriegszusammenahme sei, um eine deutliche Forderung der Inseln zu verhindern. Der damalige sowjetische Minister des Äußeren, Kollontaj, versetzt in internen Kreisen die Auffassung, daß die Besetzung auch im Friedenszustand Interesse habe, weil sie den Handelsverkehr mit Rußland künde und weil Schweden kein Interesse daran habe, daß Deutschland die Aulandsinseln in der Ostsee an sich reiße. Diese Auffassung wird in der jetzigen Regierungspartei wohlwollig geteilt. Wenman aber, und mit ihm viele Kreise der schwedischen Öffentlichkeit, sehen noch wie vor in der Besetzung der Inseln eine Gefahr für Schweden. Wenman verlangt daher, daß die Russen jetzt, wo Kampfmittel und Personal mit und Friedensverhandlungen folgen werden, ihre Truppen von den Inseln zurückziehen und die Besetzungen ablegen gemäß der Schweden gemachten Forderung. Es ist nicht zu erwarten, daß die Regierung eine Aktion in der Zone erwirkelt, die es dazu viel zu langsam, langwierig, unflexibel und unfähig, es mit England zu verhandeln. Tatsächlich wird es ohne die Zustimmung Englands nicht ausfallen.

Aber man wird wohlwollig mit einer größeren Propaganda in diese Richtung zu rechnen haben. Der Schwede liegt auch in der Ostsee, eine Neuauflage der großen Forderung zu machen. Die alljährlichen schwedischen Kreise haben der Wiederer-

über, sondern sie haben bereits die Forderung in der Presse erhoben. Dem steht das finnische Interesse an den Inseln entgegen; die Finnen betrachten die Inselgruppe als ihren Besitz und verlangen sie für sich. Vom deutschen Standpunkt ist die erste Regelung völlig undisputabel, schon weil die Inseln von Rußland noch militärisch beherrscht sind und nicht zu den Hauptständen gehören, über die zu verhandeln ist. Bei der handelspolitischen Stimmung, die in Schweden die Oberhand gewonnen hat und sich künftig zweifellos immer mehr festigen wird, hat Deutschland aber auch kein Interesse an der Auslieferung der Inseln an Schweden. Daran kann nach der oben wiedergegebenen Stellung Wallenberg's zu der Frage der russischen Besetzung der Inseln ganz und gar nicht mehr gezweifelt werden. Ob die zweite Lösung akzeptabel wäre, soll hier nicht unterjucht werden. Wir rechnen lediglich mit der Tatsache, daß die Inseln zurzeit russisches Machtgebiet sind, ihre Eingemeindung nach Finnland daher eine innere finnisch-russische Frage unter vielen anderen ist, die zwischen diesen beiden Ländern noch gelöst werden müssen.

So ist der Stockholmer Horizont gegenwärtig sehr getrübt, und Wolk, die ein Schicksal bedeuten, lasten schwer über Land und Volk. Aber sie werden nicht mehr verschwinden, weil Volk und Führer keine politischen Ideen mehr haben, die über die Kirchturmpolitik eines Kleinstaatcs hinausreichen. Man diskutiert hier viel und gern Auslandspolitik, aber doch nur jene, die die anderen machen. Weiter reicht es nicht.

Die Wirkung der Kriegskost.

Von einem Arzt wird der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Seligen geschrieben:

In der letzten Zeit haben bereits mehrere Ärzte in der medizinischen Presse von einer Zunahme der lebensgefährlichen Bruch- und Einklemmungen während des Krieges berichtet. Die jüngste Nummer der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht die gleichen Beobachtungen eines Lübecker Chirurgen. Danach sind in den beiden letzten Kriegsjahren nicht nur die Einklemmungen der äußeren Leisten- und Schenkelbrüche erheblich häufiger als früher vorgekommen, sondern auch die ebenfalls einen schnellen operativen Eingriff verlangenden inneren Darmabknüpfungen und Verdrehungen haben öfter als je dem Arzt beschäftigt. Die Ursache dieser Erscheinung sieht der Verfasser des Aufsatzes in der Kriegskost. Nach seiner Meinung hat sie in zweifacher Hinsicht das Auftreten jener Krankheiten begünstigt. Zunächst hat der Fettmangel, wie überall im Körper, so auch innerhalb des Bauches das Fettgewebe beträchtlich verringert; dadurch wurden die Bruchpforten und Bauchfelltaschen, an denen sich der Darm fangen kann, geräumiger, schlaff, und das Gefäß wiederum, an dem der Darm aufgehängt ist, erschlaffte, zog sich aus, so daß eine Drehung der Darmmagen um ihre Achse mit darauffolgender Abklemmung der ernährenden Blutgefäße erleichtert ist. Da nun die jetzige Nahrung durch ihren Reichtum an Holzfasern — das Kriegsbrot und Gemüse enthalten verhältnismäßig viel davon — noch den Darm reizt und lebhaftere Bewegungen desselben auslöst, erhöht sich die Möglichkeit, daß irgendwo Abknüpfungen und Einklemmungen zustande kommen. Daneben mag auch noch die anstrengende Arbeit der älteren Personen Darmerlagerungen fördern. Diese Auffassung von dem schädlichen Einfluß der Kriegskost hat jedenfalls sehr viel für sich; ist doch schon früher in Ländern, in denen man auch in normalen Zeiten einer unregelmäßigen ähnlichen grobe vegetabilische Nahrung genießt, das häufige Auftreten von Darmverschluss festgestellt worden, z. B. beim finnischen Bauern, der vorwiegend von laurem Brot und Kartoffeln lebt. Will man also diese ernsten Darmkrankungen beseitigen, dann muß unsere Ernährung jetzt und eimeißreicher gestaltet werden.

Ebenso übel sind jetzt in der Zeit der Lebensmittelnot und Teuerung die Schwindkräftigen dran. Sie brauchen dringend eine stärkende, die Kräfte erhaltende Nahrung, denn nur der gut ernährte Körper kann der Krankheit Widerstand entgegensetzen. Wie jetzt schon eine Leberkräft über die Schwindkräftigkeit während des Krieges lehrt, sind die im Frieden erzielten Erfolge in der Bekämpfung dieser Volksleiden in den Kriegsjahren nicht festgehalten worden; besonders unter den Kindern hat die Tuberkulose viele Opfer gefordert. Am nun den Schwindkräftigen die Versorgung mit Lebensmitteln zu erleichtern, hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes jüngst wieder auf die schon früher erlassenen Bestimmungen hingewiesen, die es gekatteten, jenen Kranken erhebliche Zulagen zu genehmigen. (Leider ist davon noch nichts zu spüren. Für die Kranken ist nach wie vor noch Schmalhans Küchenmeister. Red.) Es dürfen ihnen danach sozial Rechtzulagen bewilligt werden, daß die Gesamtmenge der ihnen auf Grund der Karten zur Verfügung stehenden Nahrung dreitausend Wärmeinheiten besitzt, also denselben Nährwert aufweist, wie die Kost eines erwachsenen, kräftigen Arbeiters in normalen Zeiten. Man kann sich die Art und Größe der Zulagen ungefähr berechnen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein Pfund Brot gegen zwölfhundert, ein Viertelpfund Butter gegen eintausend, ein Liter Vollmilch gegen sechshundert und ein Pfund mageres Rindfleisch gegen vierhundertfünfzig Wärmeinheiten enthält. Klüßlicher als die Gewährung von Zusatzkarten vermag die jetzt bereits in mehreren Großstädten eröffnete Rationierung für Tuberkulose zu wirken, überhaupt wenn sie, wie z. B. in Berlin, den Schwindkräftigen, deren Bedürftigkeit die Tuberkulosefürsorgestelle festgestellt hat, das Essen unentgeltlich verabreicht. Die daraus entstehenden Kosten trägt die Landesversicherungsanstalt. Hoffentlich findet diese Einrichtung überall Nachahmung!

Gewerkschaftsbewegung.

Der **Waldarbeiterverband im Holzarbeiter-Verband**. Der Holzarbeiter-Verband hat von seiner Feldpostzeitung jedoch die dritte Nummer herausgegeben. Er berichtet darin, daß von den 192 465 Mitgliedern bei Kriegsausbruch und 110 000 haben eintrüben müssen. Zu Ende des Jahres 1916 waren nur noch 68 249 Mitglieder vorhanden. Im Jahre 1917 war aber die Mitgliederzunahme wieder jorbauernd sehr stark, so daß bis Jahresabschluss der Verband es auf 95 000 Mitglieder bringen wird. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich gegenüber der Zeit vor dem Kriege nahezu verdoppelt, auch die Zahl der jugendlichen Mitglieder ist jetzt gewachsen. Das Verbandsvermögen hat sich bedeutend vermehrt. Es geht mit dem Verband in jeder Beziehung wieder einwärts.

Genossenschaftsbewegung.

Ein **Konsumverein im Grenzgebiet**. Die Entmischung der den feindlichen Grenzen nahegelegenen Konsumvereine wird von den deutschen Gewerkschaften mit berechtigtem Interesse verfolgt. Mit Genossenschaft haben sie bezwecken, wie die anfangs in immer beschränkterem Maße im äußersten Osten, Memel und Litauen, nicht nur die Zeit des Krieges, sondern auch überhand, sondern sich bald danach freiwillig, der Lister Verein sogar glänzend, entwickelten. Auch für die Region, deren Vereine die Kriegsjahre immer noch in bedauerlicher Höhe über, gilt Schan-

liches. So hat die in den ersten Kriegstagen hart mitgenommene Produktiv- und Konsumgenossenschaft für Müllhausen (Elsass) auch ihr neuntes Geschäftsjahr trotz erschwerender Umstände gut abgeschlossen. Wenn zu Anfang des Geschäftsjahres noch berechtigter Klagen zu führen waren über ungleichmäßige Verteilung vorhandener Lebensmittel durch den zuständigen Kommunalverband, so sind diese seit Einführung der Kundenlisten größtenteils verstummt. Die Verteilungen einiger Gemeinden, in denen die Genossenschaft Filialen unterhält, konnten sich allerdings noch nicht entfalten, die Kundenlisten einzuführen, sondern nehmen nach wie vor nach dem Subduktion einiger Geschäftsleute die Verteilung vor. Aber auch dort wird die Genossenschaftsverwaltung so lange ihre Beschwerden und Proteste erheben, bis dieser ungehörige Zustand beseitigt ist. Der Umsatz stieg von 2 178 853 Mk. auf 2 296 136 Mk. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 8810 auf 10 882. Die Jahresbilanz führt folgende Hauptposten auf: Verfügbares Kapital 265 174 Mk.; Angelegtes Kapital 30 351 Mk.; Grund- und Häuserbesitz, 392 600 Mk.; Betriebsbestände (Inventar usw.) 12 004 Mk. Warenbestände 212 384 Mk.; Forderungen an Mitglieder und Vorstände auf Rückvergütung 2610 Mk.; Mitgliederanteile 205 653 Mk.; Reserven 184 091 Mk.; Verschiedene Unterstützungsfonds 29 543 Mk.; Aufgenommenes Betriebsmittel 293 902 Mk.; Hypotheken 51 878 Mk.; Verschiedene Kreditoren 48 331 Mk.; Erübrigung 169 725 Mk. Das Steuerkonto erhöhte sich um rund 16 000 Mk. und betrug 28 582 Mk. Auch in diesem Jahr erhalten die Mitglieder 5 Proz. Rückvergütung auf den Umsatz. Den Reserven wurden 47 290 Mk. überwiesen. Wenn die Kriegsverhältnisse sich nicht aufs äußerste zuspitzen, wird die Genossenschaft aus ihnen ungeschwächt hervorgehen.

Aus dem Gerichtssaal.

Kriegswucherer vom Roten Kreuz. Der große Prozeß vor der Strafkammer des Düsseldorf Landgerichts brachte zunächst die Vernehmung der Angeklagten, denen vorgeworfen wird, in den ersten Kriegsjahren in sehr vielen Fällen von Bezirksvereinen des Roten Kreuzes für minderwertige Zigaretten übermäßig hohe Preise genommen zu haben. Die Vernehmung des Angeklagten Daniels ergab, daß Daniels seit Kriegsbeginn eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet hat, um aus neutralen Ländern Waren herein zu bekommen, die für das deutsche Wirtschaftsleben von Wichtigkeit waren. Er war Vertrauensmann der Zentralkaufgesellschaft. Diese Tätigkeit sei, wie er angibt, allgemein bekannt gewesen, und deshalb war es nahe liegend, daß Kommerzienrat Schoendorff sich mit ihm wegen des unter Anklage stehenden Zigarettengeschäfts in Verbindung setzte. Das Geschäft sei ihm als völlig einwandfrei erschienen, und er habe sich dabei vollständig auf Schoendorff verlassen. Für ihn sei es nur darauf angekommen, aus Holland ein Millionen Zigaretten hereinzubekommen. Dieser große Posten habe fast durchweg aus ganz billigen Sorten bestanden, die in Deutschland damals nicht abzusetzen gewesen wären, wenn sie hätten verkauft werden müssen. Deshalb wurde verabredet, die Zigaretten kostenfrei hereinzubekommen und sie nur der Seeresverwaltung oder dem Roten Kreuz zur Verfügung zu stellen, denn nur für solche Zigaretten wurde neben der Zollfreiheit auch Steuerfreiheit gewährt. Die Seeresverwaltung aber lehnte eine Übernahme der Zigaretten ab, so daß nur noch das Rote Kreuz oder Stadtverwaltungen oder sonstige große Privatfirmen übrigblieben, die die Zigaretten als „Liebesgaben“ verwenden konnten. Den Vorwurf der Anklage, daß er bei der Preisfestlegung viel zu hohe Aufwände angenommen habe, sucht der Angeklagte damit zu entkräften, daß er auf das große Risiko hinweise, das mit dem Geschäft verbunden gewesen sei. Jedenfalls sei sein Reinerwerb in Anbetracht der großen Aufwände und des hohen Risikos nicht zu hoch gewesen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Paulsch, hält dem Angeklagten wiederholt vor, wie unwahrscheinlich es ist, daß er sich auf ein so riskantes Geschäft eingelassen habe, wenn er damit nicht den Zweck verfolgte, einen übermäßigen Gewinn zu erzielen, und daß schon der Versuch strafbar sei. Der Angeklagte Daniels erwidert, daß er sich um die von der Preisprüfstelle bemängelte Preisfestlegung niemals gekümmert, sondern alles dem Kommerzienrat Schoendorff überlassen habe. Der Hauptangeklagte, Kommerzienrat Hermann Schoendorff, der gegen die enorme Summe von 2 Millionen Mark aus der Untersuchungshaft entlassen worden und Inhaber der Roten-Kreuz-Medaille und des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe ist, gab zu, daß er an sich nichts mit dem Zigarettenhandel zu tun habe, sondern daß sein Unternehmen sich auf dem Gebiet der Holzbearbeitung betätige. Dieses Geschäft habe durch den Krieg eine starke Beschränkung erfahren. Eines Tages sei ihm ein bekannter Agent mit der Mitteilung gekommen, England beabsichtige, Tabak als Panzermare zu erklären, so daß mit der Schließung der holländischen Grenze für die Ausfuhr von Tabak und Tabakfabrikate gerechnet werden müsse. Diese weitere wirtschaftliche Einschränkung Deutschlands habe er für eine höchst betrübliche Tatsache gehalten und sich daher für die Mitteilung des Agenten interessiert, daß noch die Möglichkeit bestehe, 11 Millionen Zigaretten aus Holland vor dem Ausfuhrverbot hereinzubekommen. Dem Agenten hätten jedoch die Mittel gefehlt. Da das Angebot sehr günstig zu sein schien und weil es ihm darauf angekommen sei, diese Ware für Deutschland zu retten, sei er auf das Geschäft eingegangen. Wenn er für ein derartiges, unethisch im Interesse der deutschen Wirtschaft liegendes Geschäft sich interessiert habe, so müsse ihm dafür einmal der Staat, dann die Menschheit und schließlich seine Gesellschaft dankbar sein. Wenn irgendwelche Bedenken gegen das Geschäft bestanden hätten, so würde er sich nicht daran betätigt haben. Auch der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft, ihr Aufsichtsrat Cohen und viele Sachverständige, die über das Geschäft befragt worden seien, hätten nichts dagegen einzuwenden gehabt. Im übrigen bedauere er nur, daß er damals statt 11 nicht 100 Millionen Zigaretten gekauft habe, denn, wie die Entzählung einmal dar sich gegangen sei, könnte Deutschland heute trotz allem, wenn es einen solchen Posten an holländischen Zigaretten hereinzubekommen hätte. In die Vernehmung der Angeklagten schloffen sich zahlreiche Fragen der Prozessparteien. Durch Fragen des Staatsanwalts Coenders gibt der Angeklagte Daniels zu, daß Aufsichtsrat Cohen sich mit 20 000 Mark an dem Geschäft selbst beteiligt habe. In dieser später rückgängig gemachten Beteiligung des angesehenen rheinischen Anwaltes gehe jedenfalls hervor, daß er das Geschäft für absolut forrest gehalten habe.

In dem Prozeß wurde auf Anordnung des Vorsitzenden der Strafkammer die Berichterstattung über die Verhandlungen bis nach Schluß der Beweisaufnahme aufgehoben, da eine Beeinträchtigung der Zeugenansagen durch Presseberichte erfolgen könnte.

Aus Nah und Fern.

Ein **französischer U-Boot** ist nach einer Schweizer Meldung in einem Eisenbahntunnel bei Modena entgleist. Die Zahl der Toten wird auf 900 angegeben; auch die Verwundetenanzahl soll sehr hoch sein.

Die **Katastrophe von Halifax**. Die Bafeler Nachrichten melden aus New York: Es wurde mit der Untersuchung über die Katastrophe in Halifax begonnen. Alle feindlichen Untertanen bedeckte Geschlechts, die in Halifax wohnen, auch die Neutralen, wurden verhaftet und interniert. Ein heftiger Schneesturm erschwerte die Rettungsarbeiten beträchtlich. Nach amtlicher Mitteilung beträgt die Zahl der Toten bei dem Explosionenunglück 1226, davon 701 festgelegt wurden. Vierhundert werden vermißt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Druckerei in Lübeck.